

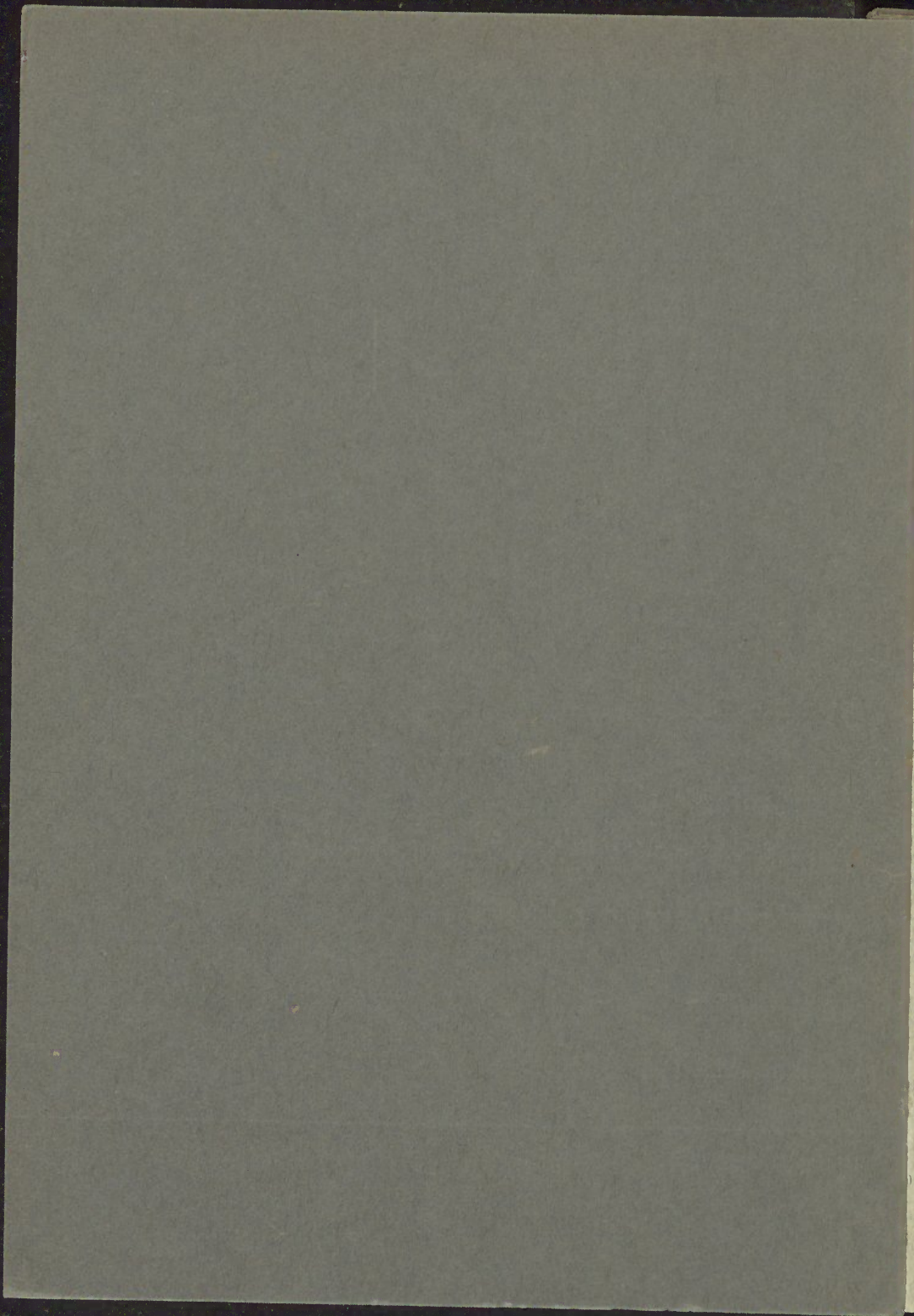


**Bibliothek  
des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel**

**Signatur**

**A** 9716







# Denkschrift

des

Verbandes Deutscher Privat-Fener-  
versicherungs-Gesellschaften

Betreffend den

# Entwurf eines Gesetzes

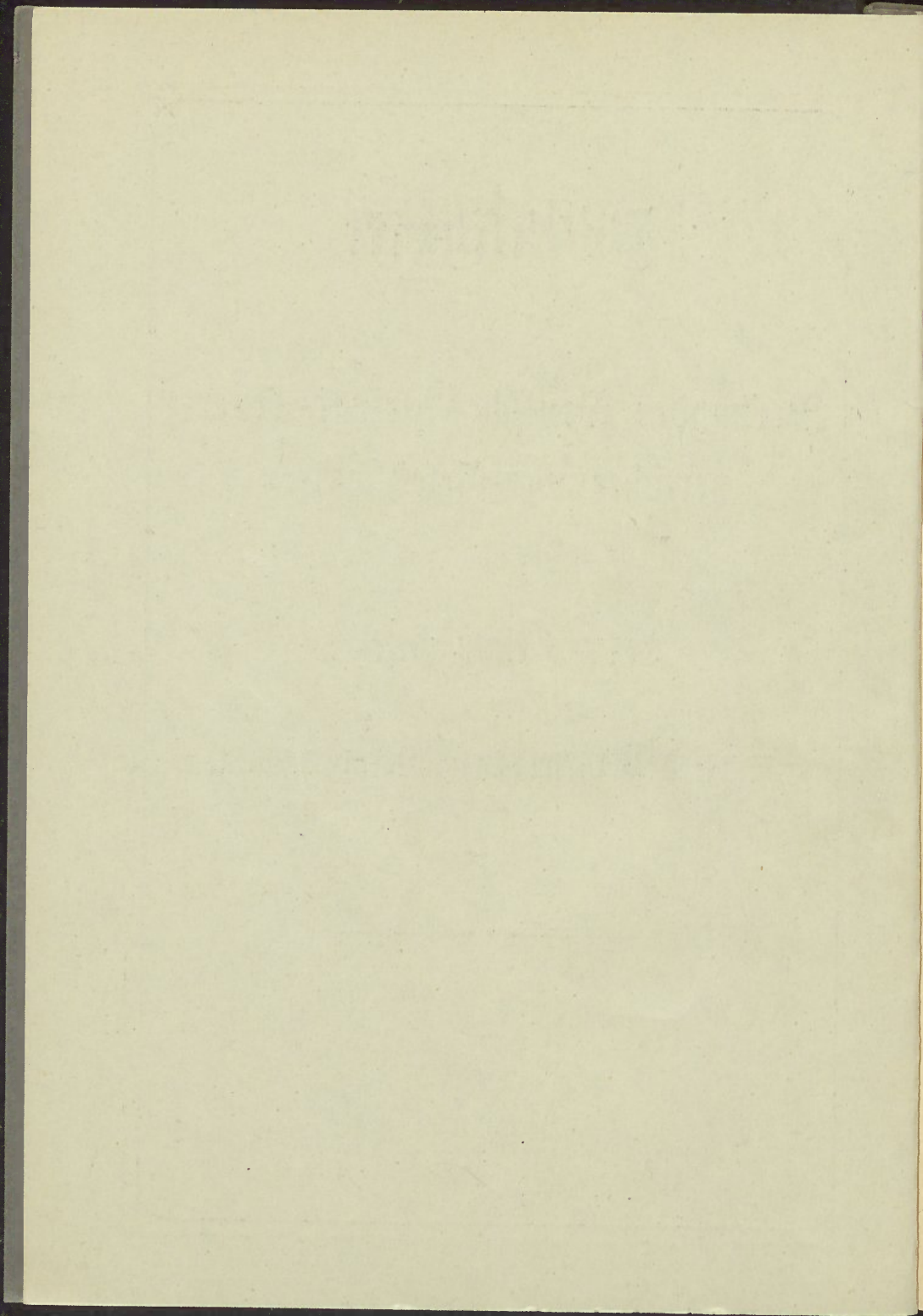
über die

privaten Versicherungs-Unternehmungen.

Berlin 1899.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei.







# Denkschrift

des

Verbandes Deutscher Privat-Fener-  
versicherungs-Gesellschaften

betreffend den

Entwurf eines Gesetzes

über die

privaten Versicherungs-Unternehmungen.

---

Berlin 1899.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei.

q/







Das Versicherungswesen in Deutschland verdankt seine Entstehung dem allmählichen Aufschwung, den das wirtschaftliche Leben der Nation nach den Freiheitskriegen nahm. So lange das deutsche Volk unter den Nachwehen des dreißigjährigen Krieges und unter den politischen Wirren des 18. Jahrhunderts zu leiden hatte, war es außer Stande, dem von anderen Nationen gegebenen Beispiel auf dem Gebiete der Versicherung zu folgen. Vor der Sorge um die Bedürfnisse des Tages trat die Sorge um eine fernere Zukunft zurück. Wohl bestanden schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts einzelne Staatsinstitute oder Kommunal-Brandkassen, die den zum Beitritt gezwungenen Unterthanen nach erlittenen Brandschäden Geldmittel zum Wiederaufbau ihrer Häuser gewährten, aber ihre Errichtung hatte zum Ziel, eine steuerfähige Bevölkerung zu erhalten und sie gingen über das Prinzip der Unterstützung nicht hinaus, können also mit der Versicherung im heutigen Sinne nicht in Vergleich gestellt werden.

Zu Beginn des zweiten Jahrzehntes unseres Jahrhunderts entstanden aus der Initiative von Privatpersonen Versicherungsunternehmungen. Zuerst war es das Verlangen des deutschen Kaufmanns, seine Waaren und Vorräthe vor Verlusten in Folge Brandschadens zu schützen, das den Anlaß zur Gründung von Feuerversicherungs-Unternehmungen gab. Ihnen folgten die Lebensversicherungs-Unternehmungen, zunächst ebenfalls mehr für die wohlhabenderen Klassen bestimmt, um diesen zu ermöglichen die Zukunft ihrer Familienangehörigen sicher zu stellen. Beide Versicherungszweige erfuhren seitens der Staatsbehörden in Deutschland eine durchaus verschiedene Behandlung.



Während die Lebensversicherungs-Unternehmungen bis auf die Einhaltung gewisser, ihnen in den meisten Staaten bei der Konzessionirung auferlegter Bestimmungen, den Betrieb unbehelligt und uneingeschränkt ausüben konnten, waren die Feuerversicherungs-Unternehmungen fast von ihren ersten Anfängen an in den meisten Staaten einschneidenden Sondergesetzen unterworfen. Die für die erwähnten öffentlichen Institute bestehenden Vorschriften dienten im Wesentlichen zum Muster für die staatlichen Vorschriften über den neuartigen Betrieb der Feuerversicherung. Die Besorgniß, daß mit dem Versprechen einer Entschädigung im Brandschadenfalle der Anreiz zur betrügerischen Brandstiftung gegeben werde, bildete den Ausgangspunkt für die Gesetzgebung und für Polizeimaßregeln zur Verhütung derartiger Brandstiftungen, sie machen, neben denen über die Belastung mit Abgaben verschiedenster Art, noch heute den hauptsächlichlichen Inhalt der landesgesetzlichen Bestimmungen über den Feuerversicherungsbetrieb aus.

Mehr und sehr verschiedenartige Gesetze als Staaten in Deutschland bestehen, haben die über das ganze Reich ausgedehnten Feuerversicherungs-Unternehmungen zu beobachten. Dazu kommt die Einschränkung, die ihnen durch die Ausdehnung der staatlichen und öffentlichen Anstalten bereitet wird.

Der mächtige und ungeahnte Aufschwung, den der privatwirthschaftliche Betrieb der Feuerversicherung trotz aller ihm entgegengestellten Schwierigkeiten nahm, konnte an den öffentlichen Anstalten nicht ohne Einwirkung vorübergehen. Auch sie machten Fortschritte; sie sagten sich, wenn auch zum Theil sehr spät, von dem Unterstützungsprinzip los und näherten sich in ihrer Geschäftsführung den Privatgesellschaften. Ihren Charakter, nur für Gebäudeschäden Deckung zu geben, behielten sie im Allgemeinen bei und zwar in der Form des Monopols. In mehreren Bundesstaaten, auch in einzelnen Städten Preußens, besitzen die öffentlichen Anstalten daher das ausschließliche Gebäudeversicherungs-Monopol. Die Versicherungsnehmer haben hier also ihre Gebäude bei einer öffentlichen Anstalt, ihre Mobilien, Borräthe zc. bei einer Privatgesellschaft versichert. Doch hat ein Theil dieser Monopolanstalten fakultativ auch die Versicherung der sogenannten Pertinenzen, namentlich der Fabrikeinrichtungen, übernommen. In Baden übernimmt die Landesanstalt nur  $\frac{4}{5}$  des



Werthes eines Gebäudes, das letzte Fünftel kann bei einer Privatgesellschaft versichert werden. Außerdem bestehen in Preußen Anstalten mit mehr oder weniger großen Privilegien, so beispielsweise im ehemaligen Kurhessen mit dem Privilegium, daß hypothekarisch belastete Gebäude nur in der Hessischen Brandversicherungsanstalt versichert werden dürfen. Andere öffentliche Anstalten in Preußen bestehen mit freiwilligem Beitritt. Letztere treten somit in direkten Wettbewerb mit den Privatanstalten.

Die Versicherungsnehmer haben es also in den Gebieten der Monopolanstalten mit diesen für ihre Immobilien und mit den Privatgesellschaften für ihre Mobilien zu thun, in den übrigen Gebieten steht ihnen die Wahl zwischen beiden Arten von Versicherungsunternehmungen frei. Für die Privatunternehmungen stellt sich die Sache so, daß ihnen ein großer Theil des deutschen Geschäftsgebietes in Folge der dort bestehenden Monopolanstalten hinsichtlich der Gebäudeversicherung ganz entzogen ist, und daß sie in einem anderen großen Theil die Konkurrenz der mit Vorrechten ausgestatteten öffentlichen Anstalten zu bestehen haben. Zu diesen Vorrechten gehört unter Anderem die Verwendung öffentlicher Beamten, welche selbstverständlich mit Hilfe ihrer Funktionen und ihrer Stellung in der Gemeinde einen sehr wesentlichen Einfluß zu Gunsten ihrer Anstalten auszuüben vermögen und in der That ausüben, ferner die Stempelfreiheit für Gebäudeversicherungen.

Diese kurzen Andeutungen über die Entwicklung und die gegenwärtigen Zustände im deutschen Feuerversicherungswesen lassen es erklärlich erscheinen, daß gerade die Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften auf eine gesetzliche Regelung des Versicherungsbetriebes in Deutschland dringen.

Sie vorzugsweise waren von einer Gesetzgebung bedrückt, die, in jedem Bundesstaat anders gestaltet, ihnen die Freiheit der Bewegung nahm und sie besonders hatten unter einer übermächtigen staatlichen und kommunalen Konkurrenz zu leiden. Um solchen Verhältnissen gegenüber die Interessen des privaten Feuerversicherungswesens zu wahren, schlossen sich im Jahre 1871 eine Anzahl deutscher Feuerversicherungs-Gesellschaften, darunter die größten und ältesten, zusammen und riefen einen Verband, den durch allerhöchsten Erlaß vom 25. Dezember 1873 mit den Rechten einer juristischen Person aus-



gestatteten Verband Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften ins Leben. Der Verband hat sich in den 27 Jahren seines Bestehens unausgesetzt mit der Herbeiführung der reichsgesetzlichen Regelung des Versicherungswesens beschäftigt und wiederholt an die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften diesbezügliche Anträge gerichtet. Der Verband Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften glaubt für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß er fördernd auf die Gestaltung des Versicherungswesens eingewirkt hat. Er wird in diesem Sinne fortfahren zu wirken und sieht sich demgemäß genöthigt, gegen einen Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, der, von engen Gesichtspunkten ausgehend, mehr geeignet ist das Feuerversicherungswesen in Deutschland zu hemmen und von seiner Höhe herunterzuziehen, als es zu fördern.

Nach wiederholten vergeblichen Versuchen innerhalb der letzten drei Jahrzehnte ist im vergangenen Jahre dieser im Reichsamt des Innern ausgearbeitete „Entwurf eines Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen“ zu Stande gekommen, der im November v. J. der Oeffentlichkeit übergeben wurde. Wenn mit der Errichtung des neuen Deutschen Reiches auch für das private Feuerversicherungswesen eine bessere Zeit angebrochen schien, so sind die in dieser Beziehung lange gehegten Hoffnungen durch diesen Entwurf gründlichst getäuscht worden.

Der vierte Artikel der Deutschen Reichsverfassung führt in sechzehn Nummern diejenigen Angelegenheiten auf, welche: „der Beaufsichtigung des Reiches und der Gesetzgebung desselben unterliegen“.

Zu diesen Angelegenheiten gehören nach der ersten Nummer die Bestimmungen: „über den Gewerbebetrieb, einschließlich des Versicherungswesens“.

Der nachherige Reichskanzler, Fürst Bismarck, erklärte nach den Aktenstücken des Reichstages vom Jahre 1867 (Bd. 2, S. 18) den zur Berathung des Entwurfes der Verfassung des Norddeutschen Bundes zusammengetretenen Kommissarien der Bundesstaaten am 15. Dezember 1866:

„Die Königlich Preussische Regierung hat sich bei dem Entwurf der Bundesverfassung auf die Berücksichtigung der allseitig erkannten Bedürfnisse beschränkt, ohne über die-



„selben hinaus die Bundesgewalt in die Autonomie der einzelnen Regierungen eingreifen zu lassen.“

und im Reichstage des Norddeutschen Bundes (a. a. O., Bd. 1, S. 136):

„Wir haben es für unsere Aufgabe gehalten, ein Minimum derjenigen Konzessionen zu finden, welche die Sonderexistenzen auf deutschem Gebiete der Allgemeinheit machen müssen, wenn diese Allgemeinheit lebensfähig werden soll.“

Diese Erklärungen fanden damals im Reichstage einen lebhaften Beifall und mit Recht wurde über die Artikel 3 und 4 der Reichsverfassung der Ausdruck gebraucht, sie enthielten für das deutsche Volk: „eine wirthschaftliche Erlösung“.

Jrgend eine Einwendung, das Versicherungswesen unter die Reichsgesetzgebung zu stellen, ist nicht erfolgt.

Es sind nun eine Reihe von Reichsgesetzen zur Ausführung des Artikels 4 der Reichsverfassung erlassen; auch die Bestimmungen über den Gewerbebetrieb sind in der Reichsgewerbeordnung ergangen. In dieser sind die Bestimmungen über das Versicherungswesen jedoch nicht geordnet; in dieser Beziehung ist das allseitig erkannte Bedürfnis, die wirthschaftliche Erlösung, noch immer nicht befriedigt, trotzdem 32 Jahre seit dem Erlasse der deutschen Reichsverfassung verflossen sind!

Der jetzt veröffentlichte Entwurf eines Reichsgesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen kann vollends nicht als eine Erfüllung der in der Reichsverfassung enthaltenen Zusagen anerkannt werden; denn er giebt dem Versicherungswesen im Deutschen Reiche nicht das auch ihm feierlich durch die Reichsverfassung zugesprochene gemeinsame Recht.

Daß die Worte: „einschließlich des Versicherungswesens“ im Artikel 4 der Reichsverfassung eine besondere Bedeutung haben, nämlich diejenige, daß sie das gesammte Versicherungswesen betreffen, einerlei, ob es sich um öffentliche (durch den Staat oder kommunale Verbände errichtete) oder ob es sich um private Unternehmungen handelt, liegt klar zu Tage. Wäre das von den Bundesstaaten und von dem Reichstage nicht beabsichtigt gewesen, so würde doch sicher der Ausdruck: „einschließlich des privaten Versicherungswesens“ gewählt worden sein.

Daß aber die oben ausgesprochene Ansicht unzweifelhaft



richtig ist, beweist am besten die Thatsache, daß das Königreich Bayern, welches eine mit Versicherungszwang ausgestattete Staatsanstalt für die Feuerversicherung von Gebäuden hat, sich im Artikel IV des Schlußprotokolls zu Versailles vom 23. November 1870 ausbedungen hat, daß ein Reichsgesetz, welches sich mit dem Immobilien-Versicherungswesen befassen sollte, in Bayern nur mit Zustimmung der Königlichen bayerischen Regierung Geltung erlangen könne.

Schlagender kann die oben ausgesprochene Ansicht nicht bewiesen werden und haben deshalb, wenn auch offenbar höchst ungern, im Königlichen preussischen Versicherungsbeirath die Herren Kommissarien des Reichsamtes des Innern zugegeben und zugeben müssen, daß der von ihnen ausgearbeitete Gesetzentwurf auch in dieser Beziehung nur eine theilweise Ausführung des Artikels 4 der Verfassung sei.

Ein solcher Versuch, den Vorschriften der Verfassung nur theilweise nachzukommen, mag für einzelne Versicherungszweige mehr oder weniger gleichgiltig sein. Für die Feuerversicherung aber ist es eine Lebensbedingung, daß ihr das durch die Reichsverfassung zugesprochene Recht, nämlich die Festsetzung der Bestimmungen über das gesammte Versicherungswesen durch die Reichsgesetzgebung, auch gewährt werde.

Der vorliegende Gesetzentwurf gewährt aber dieses Recht nicht, da er sich nur auf die privaten Versicherungs-Unternehmungen bezieht und nicht auch auf die öffentlichen Versicherungs-Unternehmungen.

Wären diese nun sämmtlich von der Art, wie insbesondere in Bayern, Sachsen und Württemberg, daß sie lediglich Zwangsanstalten für die Gebäude-Versicherung darstellen, so könnte man vielleicht über die ungleichmäßige Behandlung der Feuer-Versicherungsanstalten hinwegsehen, denn solche Anstalten treten gegenwärtig wenigstens nicht in einen Konkurrenzkampf mit den privaten Versicherungsanstalten ein, oder doch nur soweit, als die betreffenden Staatsgesetze für die Versicherung gewisser Zubehörungen von Gebäuden deren Besitzern freie Hand lassen.

In dem größten der deutschen Bundesstaaten, im Königreich Preußen dagegen, können schon seither fast ohne Ausnahme die dort bestehenden öffentlichen (von den Provinzen oder anderen Kommunal-



verbänden errichteten) Versicherungsanstalten in jeder Weise die Feuerversicherung gewähren; sie sind nicht auf die Versicherung von Gebäuden beschränkt, sondern nehmen umfangreich auch an der Mobiliarversicherung Theil.

Sie stehen also für ihren Bezirk (zumeist eine Provinz) in demselben Wettbewerb mit den Privat-Versicherungsanstalten, wie diese unter einander in solchem stehen. Sie unterscheiden sich also, wirthschaftlich betrachtet, ganz und gar nicht von den Privat-Versicherungsanstalten.

Es liegt daher nach Maßgabe dieser wirthschaftlichen Beziehung nicht der geringste stichhaltige Grund vor, die öffentlichen Versicherungsanstalten vor dem Reichsgesetze anders zu behandeln, als die privaten Versicherungsanstalten, weder besser, noch schlechter, sondern gleichmäßig, mag auch die Gleichmäßigkeit für alle Zeit darunter leiden, daß ungerechter Weise die öffentlichen Versicherungsanstalten für ihren Geschäftsbetrieb sich im Königreich Preußen verschiedener, theils offener, theils stiller Privilegien erfreuen, wobei wir zu den offenen Privilegien insbesondere die Stempelfreiheit für Gebäudeversicherungen und zu den stillen Privilegien die Mitwirkung von staatlichen und kommunalen Organen für den Geschäftsbetrieb rechnen.

Nun sind wir aber vollständig bereit, den bestehenden Verhältnissen weitgehendste Rechnung zu tragen.

Die bestehenden öffentlichen Feuer-Versicherungsanstalten gehen mit unwesentlichen Ausnahmen nirgends über den Bezirk eines Bundesstaates hinaus. Sie gehören also zu denjenigen Versicherungsunternehmungen, die der §. 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes bezeichnet, deren „Geschäftsbetrieb auf das Gebiet eines Bundesstaates beschränkt ist“.

Wie für private Versicherungsanstalten, deren Geschäftsbetrieb in gleicher Weise beschränkt ist, die Beaufsichtigung durch Landesbehörden, jedoch nach Maßgabe dieses Reichsgesetzes (von Bestimmungen über das Verfahren nach § 78) vorgesehen ist, so müssen auch die öffentlichen Versicherungsanstalten, deren Geschäftsbetrieb auf einen Bundesstaat beschränkt ist, nach Maßgabe dieses Reichsgesetzes von den Landesbehörden beaufsichtigt werden.

Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden, je



nachdem die Aufsicht nach dem Reichsgesetze, oder für die öffentlichen Anstalten nach den theilweise recht veralteten Landesgesetzen geführt wird.

Der im Artikel 4 der Reichsverfassung aufgestellte Grundsatz, daß die Beaufsichtigung des Versicherungswesens, und zwar des gesamten, nach Maßgabe des Reichsgesetzes geführt werden soll, wird auf das Schwerste verletzt, sofern der vorliegende Gesetzentwurf wirklich Gesetz werden sollte, das heißt, wenn die Beaufsichtigung der öffentlichen Versicherungsanstalten lediglich nach den bestehenden Landesgesetzen weiter geführt werden würde. Es ist unverkennbar, daß solches Verfahren zu den schwersten Mißständen führen muß, daß es einfach unbegreiflich ist, wie die Verfasser des Entwurfes dem fraglos vorliegenden Andrängen der Verwaltungen der öffentlichen Versicherungsanstalten haben nachgeben können, während von unserer Seite nur das ganz natürliche Verlangen gestellt wird, daß im gegebenen Falle nicht die öffentliche Anstalt, bezw. deren Verwaltung, in anderer Weise, und zwar günstiger, milder behandelt wird, als die private Anstalt und deren Verwaltung.

Es wäre geradezu unerhört, wenn die Verwaltung einer privaten Versicherungsanstalt wegen irgend eines Verfehens oder eines Vergehens nach den §§ 100 bis 108 des Reichsgesetzes bestraft würde und bestraft werden müßte, während die Verwaltung einer öffentlichen Anstalt wegen desselben, vielleicht gar unter erschwerenderen Umständen zur gleichen Zeit erfolgten Verfehens oder Vergehens straffrei bliebe oder mit einem freundlichen Verweise davonkäme.

Das vorliegende Gesetz kann und wird in schwerster Weise Rechtsungleichheit herbeiführen.

Also darf und kann ein Reichsgesetz über die privaten Versicherungs-Unternehmungen allein nicht erlassen werden, weil das der Absicht, wie dem Wortlaute der Reichsverfassung durchaus widersprechen würde.

Die Frage, ob überhaupt eine Beaufsichtigung des Versicherungsbetriebes in allen seinen Zweigen vom Standpunkt der Allgemeinheit aus geboten ist, wollen wir unerörtert lassen. Ganz entschieden Einspruch erheben müssen wir aber gegen die Behauptung der Erläuterungen, daß das bisherige Aufsichtssystem sich im Allgemeinen praktisch bewährt habe und daß es „unleugbar wesentlich zu dem hohen An-



sehen beigetragen" habe, dessen das Deutsche Privat-Versicherungs-  
wesen sich im Allgemeinen erfreue. Die Staatsaufsicht hat  
nicht nur nichts hierzu beigetragen, sondern sie hat im  
Gegentheil die Gesellschaften vielfach gehindert in der  
freien Entfaltung ihrer Kräfte und in Erreichung der  
dem Versicherungsweisen überhaupt gesteckten Ziele.

Wir verzichten aber darauf, gegen eine in entsprechenden  
Grenzen gehaltene Staatsaufsicht Einspruch zu erheben, müssen jedoch  
verlangen, daß alle Versicherungsanstalten ohne Ausnahme, private,  
wie öffentliche, welche neu begründet werden sollen, ihre Zulassung  
zum Geschäftsbetriebe bei der Reichsbehörde erwirken, damit die  
Bestimmungen dieses Gesetzes einheitlich zur Anwendung ge-  
bracht werden können.

Es darf weder zu Gunsten neuer öffentlicher Anstalten, die  
übrigens kaum in Frage kommen werden, noch zu Gunsten kleiner  
privater Anstalten, wie es der Entwurf des vorliegenden Gesetzes  
will (§§ 2 und 52), eine Ausnahme gemacht werden, will man, wie  
es nothwendig ist, die einheitliche Ausführung des Gesetzes sichern.

Gerade bei den kleineren Anstalten haben sich hier und da schwere  
Mißstände ergeben und gerade sie sind es, denen gegenüber die einzel-  
staatliche Aufsicht des Deisteren vollständigen Schiffbruch gelitten hat,  
bei welchen von den einzelstaatlichen Behörden regelmäßig erst dann  
eingeschritten worden ist, wenn es bereits viel zu spät war, „nachdem  
(wie die Erläuterungen mit Recht bemerken) Unheil in weiten  
Kreisen der Bevölkerung verursacht war“.

Die Erläuterungen schildern in drastischer Weise den Schwindel,  
welcher sich bei Versicherungs-Unternehmungen, unter der jetzigen  
Verfahrenheit der einzelstaatlichen Gesetzgebung und Aufsichtsführung  
hin und wieder hat entwickeln können und welchen sie als „aus  
sittlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten überaus bedenklich“  
bezeichnen.

Statt aber aus dieser Erkenntniß die einzig richtige Schluß-  
folgerung zu ziehen, überlassen die Verfasser des Entwurfes nach wie  
vor die Zulassung und die Beaufsichtigung von kleinen Ver-  
sicherungsanstalten, bei denen allein oder doch fast ausschließlich von  
Schwindel-Unternehmungen gesprochen werden kann, den Landes-  
behörden, während sie diesen, in ihrer Mehrzahl wenigstens, eigentlich



nach ihren Erläuterungen jegliche Befähigung für solche Aufgabe mit dürren Worten absprechen. Es heißt da nämlich, daß „ein Theil der Landesbehörden bei bestem Willen den ihnen gestellten Aufgaben nicht würde gerecht werden können“.

Zudem liegt es auf der Hand, daß, wenn alle Versicherungsanstalten, die in mehreren Bundesstaaten Geschäfte betreiben, der Reichsbehörde unterstehen, die einzelstaatlichen Behörden in der Praxis der Zulassung und Beaufsichtigung von Versicherungsanstalten künftig noch weniger kundig sein werden, wie bisher, daß daher die Erläuterungen zu dem vorliegenden Gesetzentwurfe ganz richtig urtheilen, wenn sie erklären: „es würde sehr schwer sein, zahlreiche Landesbehörden in den einzelnen Bundesstaaten, wollte man die Aufsichtsführung an solche übertragen, mit Kräften zu besetzen, die dieser schwierigen Aufgabe gewachsen wären“.

Diese Aufgabe ist aber am allerschwierigsten den kleineren Anstalten gegenüber und gerade deshalb muß mindestens die Zulassung solcher neuen Anstalten der Reichsbehörde zugewiesen werden.

Will man die Beaufsichtigung dieser Anstalten den Landesbehörden belassen, so mag das versucht werden. Die Bedenken, welche stark dagegen sprechen, wollen wir unterdrücken; wir wollen auch zugeben, daß sie wesentlich abgeschwächt werden, wenn die Zulassung aller Anstalten zum Geschäftsbetriebe der Reichsbehörde unterstellt wird, da dann wenigstens für eine Einheitlichkeit der Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes über die Zulassung zum Geschäftsbetriebe Gewähr gegeben ist.

Nach den vorstehenden Ausführungen halten wir lediglich ein Reichsgesetz für Versicherungsunternehmungen **jeder Art** für annehmbar.

Nach Maßgabe eines solchen Reichsgesetzes allein hätte die Beaufsichtigung aller Versicherungsanstalten zu erfolgen, gleichviel, ob sie ausgeübt wird durch Landesbehörden, wenn der Geschäftsbetrieb nicht über das Gebiet eines Bundesstaats hinausgeht, oder durch die Reichsbehörde (§§ 68 ff.) wenn der Geschäftsbetrieb sich über mehrere Bundesstaaten erstreckt.

Der Abschnitt II des Entwurfs behandelt in den §§ 4 bis 14 die Zulassung zu dem Geschäftsbetriebe; sie soll erfolgen nach dem



System des Konzessionswesens. Dieses System hat in keinem der bekannt gewordenen früheren Entwürfe für ein Reichsversicherungsgesetz Aufnahme gefunden; im Prinzip wird es auch von dem Verbande nicht als notwendig anerkannt und es erscheint ihm am wenigsten erforderlich für das Feuerversicherungswesen. Da aber zugegeben werden kann, daß bei anderen Arten des Versicherungswesens, besonders bei der Personenversicherung, weitgehendste Gewähr für eine in jeder Art sichere Grundlage des zu eröffnenden Geschäftsbetriebes erforderlich ist, und daß die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung ausreichende Sicherheit nur in dem System der Konzessionierung zu erblicken scheinen, so will der Verband gegen die Einfügung dieses Systems in das Gesetz keinen Einspruch erheben.

Der Verband muß nur, in Anknüpfung an das zum Abschnitt I Gesagte, hier nochmals unbedingt verlangen, daß Versicherungsanstalten jeder Art und jeden Umfangs durch das Gesetz der Erlaubnißerteilung unterstellt werden.

Selbstredend darf diese Erlaubnißerteilung keiner Anstalt, weder einer öffentlichen noch einer privaten, nach irgend einer Richtung den Versicherungszwang beilegen, auch darf solcher, soweit er in gewissem Umfange jetzt besteht, nicht ausgedehnt werden. Falls daher diese Möglichkeit eines neuen Versicherungszwanges, bzw. einer Ausdehnung des bestehenden, nicht ohne Weiteres, wie wir annehmen, nach der ganzen Anlage dieses Reichsgesetzes ausgeschlossen ist, muß solches in demselben noch ausdrücklich ausgesprochen werden, sonst könnte es dahin kommen, daß die öffentlichen Anstalten das Feuerversicherungswesen nach und nach für sich monopolisiren, sodaß das Reich dann überhaupt nichts mehr zu beaufsichtigen hätte, und der betreffende Theil der Reichsverfassung auf diesem krummen Wege ausgeschaltet wird.

Absatz 2 des § 4 verlangt die Einreichung des Geschäftsplanes bei Nachsuchung der Konzessionsertheilung. Aus dem Geschäftsplan soll sich die dauernde Erfüllbarkeit der künftigen Verpflichtungen eines Versicherungs-Unternehmens ergeben. Die hier in Frage kommenden Verpflichtungen bestehen in der Hauptsache darin, daß das Unternehmen bei Eintritt des Unglücksfalles dem Versicherten die vertragsmäßige Entschädigung zahlt und in der Zwischenzeit die von dem Versicherten eingezahlten Beiträge (Prämien) sachgemäß ver-



waltet. Bei der Lebensversicherung setzt der Versicherte das Unternehmen, welches er einmal gewählt hat und dem er die vereinbarten Prämien bis zum Ablauf der Versicherung — entweder seinem Ableben oder dem Endtermin einer langen Periode — zu entrichten hat, gewissermaßen zur Verwalterin eines Theils seines Vermögens bezw. seiner Ersparnisse ein. Hier liegt, ähnlich wie bei den Sparkassen, ein öffentliches Interesse vor, und dieses Interesse giebt dem Reiche das Recht, durch Bestimmungen und Beaufsichtigung den Betrieb der Lebensversicherungs-Gesellschaften zu regeln und zu überwachen. Bei der Sachversicherung, insbesondere der Feuerversicherung ist das Verhältniß des Versicherten zu dem Versicherungs-Unternehmen ein anderes. In der Lebensversicherung tritt der Schadensfall früher oder später stets unbedingt ein, in der Sachversicherung ist der Eintritt jedoch ein zufälliger. Bei der ersteren sind die Prämien als Einzahlungen auf das Versicherungskapital sehr hoch, bei der letzteren sehr niedrig. Bei der einen sind die Versicherten dauernd an ein und dasselbe Unternehmen gebunden, bei der anderen laufen die Verträge auf kurze Fristen und dem Versicherten steht, ohne Nachtheil zu erleiden, der Uebergang zu einem anderen Unternehmen frei. Die Lebensversicherung bedarf zur rationellen Prämienbemessung einer wissenschaftlich statistischen Unterlage, der Sterblichkeitstafeln, eines den Verhältnissen angepassten Zinsfußes etc. Die Feuerversicherung besitzt keine ein für allemal feststehende Prämienätze, deren Höhe sich vielmehr nach den jeweiligen besonderen Umständen des betreffenden Risikos richtet; das an Prämien in jedem Jahre einkommende Kapital ist, nach Abzug der Schadenszahlungen und Rückstellung der Ueberträge für Prämien und unerledigte Schäden, nicht so groß, als daß der Zinsfuß einen Einfluß auf die Sicherstellung der Ansprüche der Versicherten ausübt, und was dergleichen grundlegende Unterschiede zwischen Feuer- und Lebensversicherung noch mehr sind. Nach Maßgabe dieser Verhältnisse ist der Unterschied zwischen der Lebens- und Feuerversicherung jedoch sehr beträchtlich. Bei den Feuerversicherungs-Unternehmungen reichen die statutenmäßigen Reservefonds und das Aktienkapital (für die Gegenseitigkeits-Gesellschaften trifft der Entwurf besondere Bestimmungen) vollständig aus, um den Versicherten die Erfüllung ihrer Ansprüche zu gewährleisten. Es ist auch noch niemals der Fall eingetreten, daß die Ver-



sicherten einer Aktien-Feuerversicherungs-Gesellschaft in Folge Zahlungsunfähigkeit derselben zu Schaden gekommen wären.

Der Gesetzentwurf berücksichtigt die dargelegten großen Unterschiede zwischen Lebens- und Sachversicherung nicht. Seine Bestimmungen beziehen sich mit wenigen Ausnahmen auf die Verhältnisse der Lebensversicherung, und die Feuerversicherung wird mit in die Bestimmungen hineingezwängt, gleichviel ob diese auf sie passen oder nicht. Aus den Erläuterungen zum Entwurf geht ebenfalls hervor, daß der Verfasser ganz überwiegend die Lebensversicherung im Auge hatte. Wie ein Leitmotiv, abwechselnd mit einigen unbestimmten Anklängen an andere Versicherungszweige, tritt die Lebensversicherung in den Erläuterungen immer wieder zu Tage. Sie erfüllt das ganze Gesetz und macht deshalb einen Theil desselben für die Feuerversicherung untauglich.

Die Bestimmung des § 4 Absatz 2, wonach die Gesellschaften einen Geschäftsplan vorlegen sollen, ist für die Feuerversicherung dann unmöglich, wenn unter Geschäftsplan mehr als das Statut und die Allgemeinen Versicherungsbedingungen zu verstehen ist. Hierin besteht der Geschäftsplan einer Feuerversicherungs-Gesellschaft, soweit er eben Interesse für die Öffentlichkeit hat, nicht aber in ähnlichen Unterlagen, wie Sterblichkeitstabellen, Zinstabellen etc., wie sie für die Lebensversicherung nothwendig sind. Allerdings ist in dem Schlußsatz dieses Absatzes das Verlangen dahin präzisiert, daß außer den Allgemeinen Versicherungsbedingungen „die technischen Grundlagen, soweit solche nach Art der zu betreibenden Versicherungen erforderlich sind, mit dem Antrag auf Zulassung seitens des Unternehmens einzureichen sind“. Da der Begriff „technische Unterlagen“ aber verschiedene Auffassungen zuläßt, so sollte in dem Gesetze bestimmt ausgesprochen werden, daß für die Feuer- und sonstigen Sachversicherungs-Unternehmungen die Vorlage der Statuten und der Allgemeinen Versicherungsbedingungen genügt, oder es sollte der betreffende Satz, was dasselbe besagen würde, auf Personenversicherung betreibende Unternehmungen beschränkt werden. Zum mindesten müßte die in dem Entwurf in dieser Beziehung mangelnde Klarheit durch bestimmte, im Sinne der vorstehenden Ausführungen gehaltene Darlegungen in der Begründung des Gesetzes gegeben werden.



Gegen die §§ 5, 6 und 7 des Entwurfs, welche nähere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubniß beziehungsweise die Verfassung derselben zur Ausübung des Geschäftsbetriebes von Versicherungs-Unternehmungen trifft, will der Verband keine Einwände erheben.

Mit dem § 8 soll hier gleichzeitig der § 54 besprochen werden.

§ 8 beschäftigt sich mit den Anforderungen, die an den Inhalt des Gesellschaftsvertrages zu stellen sind und ordnet unter Anderem an, daß dieser über das räumliche Gebiet des beabsichtigten Geschäftsbetriebes Bestimmung zu treffen habe, sofern es sich nicht um Transport- oder Rückversicherung handelt.

Diese Bedingung ist nicht anders zu verstehen, als daß ein die Zulassung zum Geschäftsbetriebe nachsuchendes Feuerversicherungs-Unternehmen vermittelt des Statuts das Gebiet zu bezeichnen hat, auf welches es seinen Geschäftsbetrieb auszudehnen beabsichtigt. Hieraus folgt, daß jede spätere Ausdehnung des Betriebes auf ein weiteres Gebiet eine Aenderung des Statuts erfordert. Eine solche ist ungemein umständlich, kostspielig und zeitraubend.

Diese Bestimmung erachten wir für berechtigt, soweit es sich um den Betrieb in den einzelnen Theilen des deutschen Reichsgebietes handelt.

Wir nehmen jedoch an, daß die Verfasser des Entwurfes, über diese selbstverständliche Regelung der Sache hinaus, den Geschäftsbetrieb im Auslande ins Auge gefaßt haben und zwar mit der Absicht, solchen Betrieb oder die spätere Ausdehnung des Betriebes auf Auslandsgebiete in jedem einzelnen Falle von der Genehmigung der betreffenden Aufsichtsbehörde abhängig zu machen. Hierin würde der Verband einen vollkommen unnöthigen und unberechtigten Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Unternehmungen in Bezug auf die Art ihres Geschäftsbetriebes erblicken.

Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß ein neues Unternehmen mit der ausgesprochenen Absicht gebildet wird, das Feuerversicherungs-Geschäft auch im Auslande zu betreiben. Aus Gründen, die wir weiter darlegen werden, erachten wir es auch in diesem Falle für vollkommen ausreichend, wenn die Zulassung nur in Bezug auf den Geschäftsbetrieb im Reichsgebiete nachgesucht und ertheilt wird. Bisher ist der Vorgang aber ein durchaus anderer gewesen.



Zu unserem Verbande gehören Gesellschaften und darunter nicht wenige der ältesten und größten, in deren Statuten die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Gebiete des Auslandes nicht vorgesehen war, da bei Begründung der Gesellschaften Veranlassung dazu nicht vorlag. Im Laufe der Jahre haben sich aber die Verhältnisse geändert. Im Inlande der stark zunehmende Wettbewerb in- und ausländischer Anstalten, der damit verbundene Prämiendruck und die hieraus entstehende Minderung des Geschäftsertragnisses, im Auslande, besonders im transatlantischen, die Konsolidirung der staatlichen und sozialen Verhältnisse, die Zunahme der Bevölkerung und die gewaltige Vermehrung der Versicherung suchenden Objekte, im Allgemeinen die bewunderungswerthe Entwicklung des Verkehrs und die stete und intensive Zunahme der internationalen Beziehungen, das waren die Verhältnisse, von denen die Gesellschaften veranlaßt wurden ihr Geschäft auf das Ausland von Gebiet zu Gebiet, von Land zu Land auszudehnen. Es ist dies in keinem Falle geschehen ohne die sorgfältigste Prüfung und Vorbereitung.

Das Geschäft der deutschen Gesellschaften im Auslande hat im Allgemeinen sehr günstige Ergebnisse gehabt, es hilft ihnen, die oft weniger als mittelmäßigen Ertragnisse des Inlandsgeschäfts aufzubessern. Hierin liegt ein weiterer Beweis für die Richtigkeit des versicherungstechnischen Grundsatzes, daß, neben der Verschiedenartigkeit der Risiken, die thunlich größte räumliche Ausdehnung des Geschäftes den Erfolg des Betriebes verbürgt.

Auch von allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkten muß das Vorgehen der Versicherungs-Unternehmungen als durchaus wünschenswerth und zweckmäßig erachtet werden. Die Ausdehnung der geschäftlichen Unternehmungen verschiedenster Art über den Erdkreis, die Verwerthung des deutschen Kapitals im Auslande, der thunlichst größte Absatz unserer gewerblichen Erzeugnisse an fremde Völker werden als die bedeutendsten Hilfsmittel zur Förderung der wirtschaftlich-sozialen Zustände, zur Vermehrung des Nationalvermögens erachtet. Den gleichen Zwecken dient das Versicherungsgeschäft, das deutsche Gesellschaften im Auslande betreiben. Denn die aus allen diesen Unternehmungen den inländischen Stammgeschäften zufließenden Ertragnisse tragen dazu bei, die deutsche Zahlungsbilanz zu bessern und dadurch das Defizit in der Handelsbilanz nicht nur aus-



zugleichen, sondern in das Gegentheil zu verwandeln und damit die Kapitalansammlung zu vermehren.

Dieser Vorgang sollte in seiner so durchaus wünschenswerthen Entwicklung nicht dadurch behindert werden, daß den Feuerversicherungs-Gesellschaften überflüssige Erschwernisse hinsichtlich der Ausdehnung ihrer Geschäfte auf das Ausland bereitet werden, die anscheinend aus der an maßgebender Stelle verbreiteten Ansicht hervorgehen, daß das Auslandsgeschäft der Feuerversicherungs-Anstalten mehr ein Abenteuer als ein reeller Geschäftsbetrieb sei. Wann für ein Versicherungs-Unternehmen der Zeitpunkt eintreten wird, zu dem es zweckmäßig ist mit einer derartigen Ausdehnung vorzugehen, läßt sich in den wenigsten Fällen weit voraus bestimmen, ebenso wenig auch, in welchen Zeiträumen es angebracht erscheinen wird, Schritt für Schritt weitere Gebiete des Auslandes in Angriff zu nehmen. Macht die Gesamtlage des Geschäfts dessen Uebertragung auf das Ausland wünschenswerth, so sollte es genügen, wenn die statutenmäßigen Organe der Gesellschaft die Verantwortung auf sich nehmen und in wohl überlegter aber schneller Beschlußfassung die baldige Ausführung ermöglichen.

Die englischen Versicherungs-Gesellschaften würden nie zu ihrer weltumspannenden Geschäftsthätigkeit gekommen und gleichzeitig keine so kräftige Stütze für die englischen Handelsbeziehungen geworden sein, wenn sie im Heimathlande einengenden Vorschriften in dieser Hinsicht ausgesetzt gewesen wären.

Daß solche, wie sie unzweifelhaft aus dem beanstandeten Satze des § 8 des Entwurfes hervorgehen würden, mit Bezug auf die Sicherheit der Gesellschaften, auch wenn sie ihr Geschäft auf das Ausland ausdehnen, durchaus nicht erforderlich sind, werden wir noch eingehender in der nachfolgenden Besprechung des § 54 darlegen.

Der § 54 schreibt vor, daß eine Sicherheit im Auslande nur mittelst Erhöhung des Grundkapitals, aus Gewinnreserven oder aus Reserven aus dem Geschäftsbetrieb in dem betreffenden Ausland bestellt werden darf. Die Vorschrift, wonach die Gesellschaften ihr Aktienkapital erhöhen sollen für den Betrieb in einem Auslandsstaate, dürfte deswegen erschwerend wirken, weil die Gesellschaften, trotz sorgfältigster Vorbereitungen, immerhin nicht vorher mit Be-



stimmtheit voraussehen können, ob sich ein Betrieb im Ausland rentiren wird und ob er fortzusetzen ist. Die Kapitalserhöhung würde für sie fast gleichbedeutend sein mit Schuldenmachen aufs Ungewisse hin. Daß die bestehenden Aktien-Feuerversicherungs-Gesellschaften, obgleich eine Anzahl von ihnen im Auslande arbeitet, bei weitem nicht des Nominalbetrags ihres Aktienkapitals bedürfen, zeigt der Umstand, daß bei sämtlichen deutschen Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften im Durchschnitt nur 26,1 Prozent des Aktienkapitals eingezahlt sind; die übrigen durch vollwerthige Wechsel gedeckten 73,9 Prozent dürften aber mehr als ausreichend sein, um als weitere Sicherheit dafür zu dienen, daß durch ausländische Versicherte nicht die Prämien- und Schadenreserve der inländischen Versicherten gefährdet wird. Im Uebrigen würde bei der räumlichen Ausdehnung des Betriebs die Bestimmung des Entwurfs dazu führen, daß zu den in dem ersten Jahre wegen der Organisation aufzuwendenden erheblichen Kosten, eventuell zu den in der ersten Betriebsperiode immerhin möglichen Verlusten noch die für das erhöhte Aktienkapital aufzubringende Verzinsung kommen würde. Diese beiden Umstände könnten einem Versicherungs-Unternehmen von vornherein die Möglichkeit rauben, sich neue Gebiete zu erobern. Die Gewinnreserven, also die von der Prämien- und Schadenreserve nach Abzug aller Unkosten verbleibenden Ueberschüsse, sich auch nicht immer ohne Weiteres frei zur Bestellung von Sicherheiten im Ausland, da sie zum Ausgleich der Ergebnisse ungünstigerer Jahre und zu ähnlichen Zwecken zu dienen haben. Was schließlich die aus dem Auslandsgeßäft herrührenden Reserven betrifft, so können solche doch nur dann vorhanden sein, wenn die Gesellschaft bereits ein gutes Geßäft in dem betreffenden Auslandsstaate unterhält, und in diesem Falle sind Bestimmungen über Aufbringung des Garantiefonds seitens des Mutterlandes überflüssig.

Es sollte daher jeder Gesellschaft überlassen werden nach eigener Entschließung zu bestimmen, aus welchen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sie eine Sicherheit in denjenigen ausländischen Staaten stellen will, in denen die Hinterlegung eines Garantiefonds zur Voraussetzung der Zulassung gemacht wird.

Dies kann auch aus dem Grunde unbesorgt dem freien Ermessen einer Gesellschaft überlassen bleiben, weil nur große kapitalkräftige



Gesellschaften oder solche ins Ausland gehen, die, wie zum Beispiel mehrere Gesellschaften in den Hansestädten, von Anfang an auf die Versicherung im Auslande eingerichtet sind. Die Sicherheit der Versicherten bei den Feuerversicherungs-Gesellschaften, die der Entwurf mit den fraglichen Bestimmungen schützen zu müssen vermeint, leidet in keiner Weise. Denn jede Gesellschaft wird sich von einem Auslandsbetrieb zurückziehen, der ihr Jahre hindurch keinen Nutzen oder gar Verluste gebracht hat. Außerdem haben die ausländischen Versicherten einen eben solchen Regreßanspruch an das gesammte Vermögen der Gesellschaft, wie die inländischen. Nicht der in dem betreffenden Auslandsstaat hinterlegte Garantiefonds würde in erster Linie zur Deckung der Ansprüche jener Versicherten dienen, denn dieser Fonds wird vom Auslandsstaat so lange zurückbehalten, als Versicherungen der betreffenden Gesellschaft dort laufen; es würden vielmehr die Ansprüche der Auslandsversicherten aus eigenen Mitteln der betreffenden Gesellschaft zu decken sein. Die Gesellschaften sind allein im Stande ihre Kräfte abzumessen und zu erkennen wann der Zeitpunkt gekommen ist wegen des Auslandsbetriebes ihr Grundkapital zu erhöhen.

Ausländische Staaten, insbesondere England, dessen Gesellschaften den unserigen die hauptsächlichste Konkurrenz im Auslande bereiten, legen ihren Gesellschaften ebenfalls keine derartigen Verpflichtungen auf. Diesen gegenüber würde den deutschen Gesellschaften durch jene Bestimmungen der Wettbewerb erheblich erschwert werden; sie verlören Gebiete, die sie sich unter Aufwendung von Kosten erworben haben, oder würden von diesen Gebieten ferngehalten werden, womit ihren Interessen und denen des Handels so wenig gedient wäre, wie der wirthschaftlichen Stellung Deutschlands im internationalen Verkehr.

Wir beantragen daher bezüglich des § 8,

daß die in dem Gesellschaftsvertrag zu machenden Angaben über das räumliche Gebiet des beabsichtigten Geschäftsbetriebes durch das Gesetz nur in Bezug auf die Gebiete des Deutschen Reiches gefordert werden sollen und

bezüglich des § 54, der wohl hauptsächlich die Lebensversicherung im Auge hat,

ihn derart abzuändern, daß die in ihm enthaltenen



Bestimmungen auf die Feuer- bezw. Sachversicherungs-Unternehmungen keine Anwendung finden.

Gegen die Bestimmungen der §§ 9 bis 14, die sich auf den Inhalt der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen, die Auslieferung derselben an die Versicherungsnehmer, die Geschäftspläne der Lebens- und der Unfallversicherungs-Anstalten zc. beziehen, hat der Verband nichts einzuwenden.

Der III. Abschnitt, der die §§ 15 bis 52 umfaßt, behandelt die Versicherungsanstalten auf Gegenseitigkeit; diese haben ihre Stellung zu dem Entwurf anderweit dargelegt. Von ihren Forderungen unterstützt der Verband namentlich diejenige bezüglich des § 18, dahin gehend, daß es genügen soll, wenn jede Unternehmung ihrer Firma die Worte „auf Gegenseitigkeit“ hinzufügt, daß demgemäß jede andere die Unterscheidung charakterisirende Bezeichnung in Fortfall gebracht wird.

Ob eine solche Anstalt im Handelsregister eingetragen ist oder nicht, erscheint für das versichernde Publikum ganz gleichgültig. Die vorgeschlagene Abkürzung aber ist und bleibt dem Publikum ganz unverständlich; dagegen ist es für dasselbe nothwendig, unmittelbar aus der Firma ersehen zu können, ob es sich um eine Gegenseitigkeitsanstalt handelt.

Bei einer anderen Gelegenheit hat der Verband die Führung besonderer Register für die Versicherungs-Unternehmungen (neben den Handelsregistern) befürwortet. Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist er zu der Ansicht gelangt, diese Forderung fallen zu lassen.

§ 53 des Entwurfs schreibt vor, daß Versicherungs-Unternehmungen zum Erwerb von Grundstücken, soweit es sich nicht um Sicherung eingetragener Forderungen handelt, der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen und daß diese Genehmigung in der Regel nur erteilt werden soll, wenn es sich um Beschaffung oder Sicherung von Räumlichkeiten zum Zwecke des Geschäftsbetriebes handelt. Die Bestimmung dieses Paragraphen will also vorbeugen, daß Versicherungs-Unternehmungen sich mit den ihnen anvertrauten Geldern in Grundstücks-Spekulationen einlassen. Die Absicht ist durchaus gerechtfertigt, aber die Bestimmung ist zu weit gefaßt. Weder die Aufsichtsbehörde, noch die Oeffentlichkeit, noch die Gesamtheit der Versicherungsnehmer kann ein Interesse daran haben, daß eine Ge-



gesellschaft in irgend einem Orte Deutschlands, an dem sie eine General-Agentur unterhält, ein Grundstück, das ihr vorzüglich geeignet zur Unterbringung dieser Vertretung erscheint, erwirbt. Dagegen könnte einer Gesellschaft sehr leicht die günstige Gelegenheit, einen Grundstückskauf abzuschließen, entgehen, wenn die zeitraubenden Formen zunächst erfüllt werden müßten, die unzweifelhaft mit Einholung der behördlichen Genehmigung verbunden sein würden. Der Verband erblickt in der hier in Rede stehenden Bestimmung eine unberechtigte Beschränkung der Befugnisse und eine Gefährdung der Interessen der Gesellschaften; er beantragt daher, im § 53 zu bestimmen, daß bei Erwerbung eines Grundstücks zu geschäftlichen Zwecken, ebenso wie zur Sicherung von Forderungen, die Einholung einer Genehmigung nicht erforderlich ist. In dieser Weise sind auch in den Statuten der meisten Feuerversicherungs-Gesellschaften auf Aktien die Befugnisse der Gesellschaftsorgane in Bezug auf den Ankauf von Grundstücken geregelt, die Aktionäre erblicken darin genügende Sicherung ihrer Interessen.

§ 55 schreibt in Absatz 1 vor, daß die Versicherungsunternehmungen ihren Rechnungsabschluß und einen die Verhältnisse und Entwicklung des Unternehmens darstellenden Jahresbericht der Aufsichtsbehörde einzureichen haben. Reichsgesetzgebung, Bundesrath oder Reichsaufsichtsbehörde sind die Faktoren, welche die Art und Form des Rechnungsabschlusses und des Jahresberichtes vorschreiben können. Es handelt sich hier also darum, daß die Versicherungs-Unternehmungen ihre innersten Geschäftsangelegenheiten der Behörde offenbaren. In Preußen sind Bestimmungen über die Rechnungslegung der Lebens- und Feuerversicherungs-Gesellschaften unter dem 8. März 1892 bezw. 23. Februar 1893 erlassen worden, die sich im Allgemeinen bewährt haben. Einige andere Bundesstaaten führten die gleichen Vorschriften ein. Da hierdurch bereits eine, wenn auch recht beschränkte Einheitlichkeit für die Rechnungslegung besteht, so darf wohl erwartet werden, daß das Reich diese Bestimmungen ebenfalls aufnimmt, und in derselben Weise verfährt, wie die Regierungen Preußens und der betreffenden anderen Bundesstaaten, nämlich mit der nöthigen Vorsicht. Denn wenn den Unternehmungen das Ansehen gestellt wird, ihre gesammte Geschäftsführung darzulegen, so müssen sie auch die Gewißheit haben, daß ihre Angaben vor den



Augen Unberufener, der Konkurrenz und sonstiger ihren Interessen entgegenstehender Kreise sorgsam geschützt werden. Das gilt ausschließlich für den Jahresbericht, der nach Absatz 1 des § 55 die Verhältnisse und Entwicklung eines Unternehmens enthalten soll.

Mit dieser Forderung ist es unvereinbar, daß nach Absatz 3 des § 55 die Versicherungs-Unternehmungen gehalten sein sollen, den Versicherten auf Verlangen, außer dem Rechnungsabschluß, auch den Jahresbericht mitzutheilen. Der Jahresbericht ist, wie hervorgehoben, eine vertrauliche, streng diskret zu behandelnde Darstellung der Geschäftsführung, die nur der Aufsichtsbehörde als solcher die zur Ausübung ihres Aufsichtsrechts nöthigen Unterlagen bieten soll; für die Versicherten ist sie an sich ohne Bedeutung, für die Konkurrenz und die ihr nahestehenden Kreise, in deren Hände sie unter diesen Umständen selbstverständlich gelangen würde, bildet sie eine Handhabe zu einem Wettbewerb, der nach der allgemein im kaufmännischen Geschäft beobachteten Regel als illloyal zu bezeichnen wäre. Kein kaufmännisches oder gewerbliches Unternehmen ist zu einer derartigen Preisgabe seiner intimsten Angelegenheiten gezwungen, es würde unerhört und als eine Vergewaltigung sondergleichen zu erachten sein, wenn den Versicherungs-Unternehmungen eine solche Preisgabe durch Gesetz auferlegt werden sollte.

Der Verband erachtet daher für unbedingt erforderlich, daß in dem ersten Satz des Absatzes 3 die Bestimmung gestrichen werde, nach der auch der Jahresbericht den Versicherten auf Verlangen mitzutheilen ist.

Der zweite Satz des Absatzes 3 ist überhaupt zu streichen. Er lautet:

„Im Uebrigen kann die Aufsichtsbehörde darüber Bestimmung treffen, inwieweit und auf welche Weise alljährlich der Rechnungsabschluß und der Jahresbericht den Versicherten zugänglich zu machen oder zu veröffentlichen ist.“

Diese Bestimmung ist völlig entbehrlich. Jedes Gesellschaftsstatut schreibt vor, in welchen Tagesblättern — dem Reichs-Anzeiger, bzw. Zeitungen, die am Sitz der Gesellschaft erscheinen, und weiteren Zeitungen — der Rechnungsabschluß zu veröffentlichen ist. Hierdurch ist die Publizität der Rechnungsabschlüsse hinreichend gewahrt; es ist daher überflüssig, der Aufsichtsbehörde den Erlaß be-



sonderer Bestimmungen vorzubehalten. Die Ermächtigung würde zunächst eine völlige Unsicherheit darüber herbeiführen, was die Gesellschaften in der hier in Rede stehenden Beziehung zu leisten verpflichtet sind; denn sie würden der individuellen Auffassung und Neigung der jeweiligen Mitglieder der Aufsichtsbehörde preisgegeben sein. Daher würde es nicht ausgeschlossen sein, daß das Verlangte eventuell weit über das Maß des Erforderlichen hinausgehen könnte. Im Uebrigen haben in der Sache selbst die Versicherungs-Unternehmungen die Erfahrung für sich, daß derartigen Veröffentlichungen nur ein geringer Werth beizumessen ist.

Die §§ 56 bis 61 enthalten besondere Vorschriften über die Prämienreserve bei der Lebensversicherung, zu denen wir keine Bemerkungen zu machen haben.

Der V. Abschnitt — §§ 62 bis 78 — befaßt sich mit der Beaufsichtigung der Versicherungsanstalten und handelt zunächst von den Aufgaben und Befugnissen der Aufsichtsbehörden.

Wir haben schon eingangs dieser Denkschrift erklärt, daß die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften gegen eine einheitliche Reichsaufsicht nichts einzuwenden haben. Sie werden nach wie vor ihre Geschäfte nach rationellen Grundsätzen betreiben, gleichviel, in welcher Art die Beaufsichtigung gestaltet wird. Dagegen haben die Gesellschaften das Bedenken, daß durch Uebereifer, durch nicht genügend eingehendes Verständniß und vielleicht auch in Folge anderer Ursachen, die in dem vorliegenden Abschnitt des Entwurfs eingesetzte Reichsaufsichtsbehörde — Kaiserliches Privat-Versicherungsamt genannt — in ihrer Aufsichtsthätigkeit weiter geht, als es mit dem auch den Versicherungs-Unternehmungen zustehenden Rechte der Selbstbestimmung vereinbar ist. Diese Gefahr muß bei den außerordentlich eingreifenden Befugnissen der Aufsichtsbehörde, als nahelegend erachtet werden; die Feuerversicherungs-Gesellschaften verwahren sich daher ganz entschieden gegen die Möglichkeit zu weit gehender und ungerechter Eingriffe in ihren Geschäftsbetrieb. Sie haben hierzu alle Veranlassung, denn die hervorragende Stellung, die sie in unserem Wirthschaftsleben einnehmen, läßt zunächst die Nothwendigkeit, eine besondere Reichsbehörde einzusetzen, um sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten, nicht erkennen.



Wenn dessenungeachtet der Verband gegen eine vom Reiche organisirte einheitlich geregelte Staatsaufsicht Einwendung nicht erhebt, so muß er umso mehr bestrebt sein, diese Aufsicht in gewisse, im Interesse der Selbsterhaltung des privaten Versicherungswesens liegende Grenzen zurückzuführen und volle Sicherheit gegen die Ueberschreitung dieser Grenzen zu schaffen. Letzteres erscheint um so dringender nothwendig, da die Fassung des Gesetzentwurfes gerade in der hier erörterten Beziehung es in auffallender Weise vermeidet, eng begrenzte, feste, keine Deutung zulassende Bestimmungen zu treffen. Kann dem Entwurfe daher einer der schlimmsten Vorwürfe, die gegen ein Gesetz erhoben werden können, nämlich sogenannte Kautschukparagraphen zu enthalten, nicht erspart werden, so soll einer der einschneidendsten Mängel, auf den wir noch eingehender zurückkommen werden, hier auch von vorn herein hervorgehoben werden.

In unserem Staatsleben giebt es nur vereinzelte Verhältnisse, die regelmäßig charakterisirt werden können durch die Geringfügigkeit der mit ihnen verknüpften Interessen, in denen es gegen den Spruch der erstinstanzlichen Behörde, sei es auf dem Gebiete der Rechtssprechung, der Verwaltung oder der Polizeiaufsicht, keine Berufung giebt. Wo größere Interessen in Frage stehen fehlt es in unserem Rechtsstaate nirgend an einer Berufungsinstanz. Nur der Entwurf eines Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen will eine Ausnahme von jener allgemeinen Regel machen.

Der nach Maßgabe des Gesetzentwurfes zu bildenden „Aufsichtsbehörde“ sollen die erwähnten Unternehmungen direkt unterstellt sein, gegen die Ausübung des jener gesetzlich verliehenen Rechtes der Beaufsichtigung soll es aber keine Berufung irgend welcher Art geben. Dieser Mangel muß um so auffälliger erscheinen, da es sich hier, wie wir erwiesen haben, um einen wirthschaftlichen Betrieb handelt, dem nicht nur mit Rücksicht auf die in ihm vertretenen materiellen Interessen, sondern fast mehr noch im Hinblick auf seine allgemeine wirthschaftliche und soziale Wirksamkeit, eine hervorragende Bedeutung beizulegen ist. Die Abstellung dieses Mangels, die Einsetzung einer Instanz, bei welcher gegen gewisse Entscheidungen der Aufsichtsbehörde Berufung eingelegt werden kann, halten wir schon im Interesse der Wahrung des Rechtsgefühls wider Kreise der Bevölkerung für



dringend geboten. Doch, wir kommen, wie gesagt, auf diesen Punkt noch zurück.

Zu den einzelnen Bestimmungen dieses Absatzes übergehend, bemerken wir zunächst, daß wir die in § 62 Abs. 2 gewählte Bezeichnung „Inhaber und Vertreter der Anstalten“ für inkorrekt erachten. Bei den dem Gesetze zu unterstellenden Unternehmungen handelt es sich wohl ausschließlich um Gesellschaften verschiedener Form, bei denen von einzelnen „Inhabern“ nicht die Rede sein kann. Die Bezeichnung „Vertreter“ ist im Versicherungswesen gebräuchlich für die Agenten der Gesellschaften, die in dem vorliegenden Falle von dem Gesetzgeber, als er die vorerwähnte Bezeichnung gebrauchte, sicher nicht ins Auge gefaßt waren. Wir halten es für richtig, die Bezeichnung „Inhaber und Vertreter der Anstalten“, überall, wo er in dem Gesetzentwurf gebraucht wird, zu ersetzen durch die Worte „verantwortlicher Geschäftsleiter“.

Der § 63 bestimmt im Absatz 2: „Die Inhaber, Vertreter, Geschäftsführer, Bevollmächtigten, Beamten und Agenten einer Anstalt haben innerhalb ihrer Geschäftsräume der Aufsichtsbehörde auf Erfordern alle Bücher, Beläge und diejenigen Schriften vorzulegen, welche für die Beurtheilung des Geschäftsbetriebes und der Vermögenslage von Bedeutung sind. . . .“ Gegen diese Bestimmung haben wir, abgesehen von der auch hier gebrauchten theilweise unzutreffenden Personenbezeichnung, keine Einwendung zu machen. Dann aber heißt es weiter: „. . . sowie jede von ihnen erforderte Auskunft über den Geschäftsbetrieb und die Vermögenslage zu ertheilen. Eine hierauf gerichtete Anordnung kann von der Aufsichtsbehörde mit den in § 62 Absatz 2 bezeichneten Zwangsmitteln in Vollzug gesetzt werden.“

Gegen diesen von uns besonders hervorgehobenen zweiten Theil der Bestimmungen des Absatz 2 müssen wir entschiedensten Widerspruch erheben. Es erscheint uns durchaus ungehörig die Aufsichtsbehörde durch das Gesetz zu ermächtigen, von den untergeordneten Organen des Versicherungs-Unternehmens Auskunft über den Geschäftsbetrieb und die Vermögenslage der betreffenden Anstalt zu verlangen und diese Auskunft durch Strafe zu erzwingen. Denn erstens werden diese Organe häufig und in vielen Beziehungen über



die erwähnten Verhältnisse mangelhaft und ungenügend unterrichtet sein, sie werden daher, bei der drohenden Strafe, in Versuchung gebracht, zum Nachtheil der Anstalt falsche, zum mindesten unrichtige Ausagen zu machen. Zweitens müßte der unerhörte Vorgang, daß die Aufsichtsbehörde, sozusagen hinter dem Rücken der allein verantwortlichen Personen Erkundigungen über den Geschäftsbetrieb und die Vermögenslage der Anstalt einzuziehen versucht, demoralisirend auf jene Organe wirken und die Disziplin untergraben, ohne die ein so komplizirter, weit verzweigter Organismus, wie ihn eine größere Versicherungs-Gesellschaft darstellt, unmöglich bestehen kann. Für solche Auskünfte sind die verantwortlichen Geschäftsleiter der Anstalten da, sie können nur von diesen allein gefordert und erteilt werden.

Wir wollen nicht verfehlen, noch darauf hinzuweisen, daß diese Bestimmung vollkommen überflüssig erscheint im Hinblick auf den § 72. Dieser Paragraph besagt, daß das Privat-Versicherungsamt jeden ihm erforderlichen Beweis erheben, insbesondere Zeugen und Sachverständige, auch eidlich, vernehmen oder vernehmen lassen kann. Auf diesem Wege kann die Aufsichtsbehörde auch Beamte und Angestellte der Anstalt vernehmen, also von ihnen Auskunft erhalten. Es ist aber durchaus etwas Anderes, wenn dies in geordnetem, zeugeneidlichem Verfahren als auf dem von der hier in Rede stehenden Bestimmung vorgezeichneten, man könnte sagen krummen Wege geschieht.

Diese Bestimmung ist neben vielen anderen, im höchsten Maße charakteristisch für das in keiner Weise begründete, aber tief eingewurzelte Mißtrauen gegen das private Versicherungswesen, von dem dieser Gesetzentwurf diktiert ist. Dieser Vorgang wird bei denen, die über diesen Entwurf endgiltig zu beschließen haben werden, sicher der Erwägung Raum verschaffen, ob bei der Abfassung dieses Entwurfes mit derjenigen Objektivität verfahren worden ist, die als das vornehmste und unerläßlichste Kriterium jeder Gesetzgebung in einem Rechtsstaate angesehen werden muß.

Der dritte Absatz des § 63 ermächtigt die Aufsichtsbehörde, „einen Vertreter“ in die Versammlungen und Sitzungen der vorher bezeichneten Organe der Versicherungs-Anstalten zu entsenden und setzt die Befugnisse dieses Vertreters fest.

Gegen das dieser Bestimmung zu Grunde liegende Prinzip



wollen wir Einspruch nicht erheben und zwar mit Rücksicht auf die Thatsache, daß die Statuten mehrerer großen Gesellschaften der jetzt bestehenden Aufsichtsbehörde bereits eine ähnliche Befugniß einräumen. Bei den so ungemein erweiterten Rechten der neu gebildeten Aufsichtsbehörde glaubt der Verband jedoch verlangen zu sollen, daß nicht irgend ein beliebiger „Vertreter“ bevollmächtigt wird, in dieser so intensiven Weise die Aufsicht über die Anstalt zu führen. Die Anstalten haben das Recht, Gewähr dafür zu verlangen, daß in dieses besondere Verhältniß zu ihnen nur eine Person gestellt wird, von der volle Sachkenntniß, Besonnenheit und Objektivität zu erwarten ist. Wir wollen annehmen, daß die Mitglieder der Aufsichtsbehörde diese Eigenschaften in sich vereinigen werden. Der Verband verlangt daher, daß in dem Gesetz ausgedrückt werde, daß als „Vertreter“ im Sinne des Absatz 3 des § 63 des Entwurfes nur Mitglieder der Aufsichtsbehörde als solche zu delegiren sind.

Der Absatz 1 des § 65 lautet:

„Wenn eine Anstalt fortgesetzt den ihr nach Maßgabe dieses Gesetzes oder des genehmigten Geschäftsplans obliegenden Pflichten zuwiderhandelt, oder wenn sich bei Prüfung ihrer Geschäftsführung oder ihrer Vermögenslage so schwere Mißstände ergeben, daß bei Fortsetzung des Geschäftsbetriebes die Rechte der Versicherten oder das Gemeinwohl gefährdet sind, so ist die Aufsichtsbehörde befugt, den Geschäftsbetrieb mit der Wirkung zu untersagen, daß neue Versicherungen nicht abgeschlossen, früher abgeschlossene nicht erhöht oder verlängert werden dürfen.“

Wir sind überzeugt, daß bei den aufgeführten Verfehlungen einer Anstalt „die Rechte der Versicherten“, die durch jene gefährdet werden, sich unzweifelhaft werden juristisch feststellen lassen. Gleiches läßt sich nicht von der Gefährdung des „Gemeinwohls“ sagen. Dies ist ein so außerordentlich weiter Begriff, es lassen sich in ihm je nach der individuellen Auffassung, so viele, durchaus verschiedene Verhältnisse zusammenfassen, er ist, wie die Erfahrung im Streite der wirthschaftlichen und sozialen Strömungen und Parteiungen täglich lehrt, so wenig feststehend, daß er sich unseres Erachtens durchaus nicht als Kennzeichnung für Vergehen einer Anstalt eignet, die in so folgenschwere Weise, wie es der Entwurf in Aussicht



stellt, geahndet werden sollen. Vergebens wird man suchen, für das, was mit dem Worte „Gemeinwohl“ zum Ausdruck gebracht werden soll, eine andere Bezeichnung zu finden, der die vorbezeichneten Mängel nicht anhaften.

Der Verband vertritt die Ansicht, daß, wenn einer Gefährdung der Rechte der Versicherten vorgebeugt wird, alles geschehen ist, was überhaupt zu geschehen hat, um den Schaden zu vermeiden, der durch eine etwaige Mißwirthschaft einer Versicherungsanstalt herbeigeführt wird. Der Verband glaubt daher, daß die Worte „oder das Gemeinwohl“ unbeschadet der Wirksamkeit des Gesetzes in dem Absatz 1 des § 65 des Entwurfs gestrichen werden könnten.

Der § 69 besagt, daß zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs des Privat-Versicherungsamtes mit den seiner Aufsicht unterstellten Anstaltsverwaltungen nach Bedarf vom Reichskanzler besondere Kommissare bestellt werden können, die im Auftrag und nach näherer Anordnung des Amtes bestimmten Anstalten gegenüber mit der Ausübung der unmittelbaren Aufsicht betraut werden.

Wir haben bereits ausgeführt, daß nach § 63 Absatz 3 die Aufsichtsbehörde berechtigt wird, einen mit besonderen Befugnissen ausgestatteten Vertreter in die Versammlungen und Sitzungen der Organe einer Versicherungsanstalt zu entsenden.

In einer Versicherungsgesellschaft werden also in Zukunft zwei mit amtlicher Autorität bekleidete Personen die Aufsicht führen. Auch hier tritt das von uns genügend gekennzeichnete Mißtrauen gegen die privaten Gesellschaften in krasser Weise in die Erscheinung.

Diese doppelte direkte Aufsicht bietet hinsichtlich Verfolgung der gleichen Ziele nicht die geringste Gewähr, sie ist demzufolge wohl geeignet einer Anstalt die größten Schwierigkeiten in der Ausübung ihres Geschäftsbetriebes zu bereiten und ihre freie Bewegung einzuzengen und zu hemmen. Gegen dieses Mißtrauen einem wirthschaftlichen Betriebe gegenüber, das die Wohlfahrt der Völker und Nationen in so hohem Maße gefördert hat, und eine der unentbehrlichsten Grundlagen des modernen Wirthschaftslebens geworden ist, — einem Betriebe gegenüber, in dem viele Tausende von Männern thätig sind, die sich im öffentlichen Leben vollster Achtung erfreuen, müssen wir die ent-



schiedenste Verwahrung einlegen und die Bethätigung dieses Mißtrauens als unerhört bezeichnen.

Die Bestimmungen der §§ 70 und 71 enthalten die für das Versicherungswesen besonders wichtigen Vorschriften über den dem Versicherungsamt beizugebenden Sachverständigen-Beirath. Das Vorbild zu der Einrichtung dieser Körperschaft hat die entsprechende Organisation bei dem Kaiserlichen Patentamt, der Apotheker-Beirath, der preußische Versicherungs-Beirath, der Ausschuß zur Begutachtung und Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen u. A. gegeben. Bei allen diesen Einrichtungen gehören die Mitglieder des Beiraths denjenigen Kreisen an, deren Interessen von der Behörde, bei welcher der Beirath fungirt, speziell berührt werden, oder die der Aufsicht der betreffenden Behörde besonders und ausdrücklich unterstellt sind.

Auffälliger Weise weicht der vorliegende Gesetzentwurf von diesem allein richtigen Grundsatz ab. Anstatt in Konsequenz davon, daß der vorliegende Entwurf nur die privaten Versicherungs-Unternehmungen einschließt, zu bestimmen, daß die Sachverständigen dem Privatbetrieb zu entnehmen sind, heißt es in § 70 ganz allgemein, daß der Beirath aus „Sachverständigen des Versicherungswesens“ gebildet werden soll. Es würde also im Belieben des Bundesraths, welcher die Sachverständigen zu ernennen hat, stehen, diese zum Theil oder ganz aus den Kreisen der öffentlichen oder Staatsanstalten zu nehmen, vielleicht auch einen oder den anderen Nationalökonom oder einen in der Versicherungspresse besonders hervortretenden Schriftsteller oder irgend eine andere als sachverständig im Versicherungswesen von ihm angesehene Persönlichkeit zu berufen. Nach dem Entwurf wäre es also nicht ausgeschlossen, daß gerade das Gegentheil von dem eintritt, was naturgemäß für eine derartige Einrichtung bestimmend sein muß; der Beirath könnte lediglich aus Personen zusammengestellt sein, bei denen vielleicht ein gewisses Verständniß für das Versicherungswesen im Allgemeinen vorhanden ist, denen aber jede besondere Kenntniß des privaten Versicherungs-Unternehmens vollkommen abgeht. Das diesen Unternehmungen scheinbar eingeräumte Mitwirkungsrecht könnte damit völlig illusorisch gemacht werden.

Dieser Bestimmung muß der Verband entgegentreten, sie muß auf alle Fälle, auch dann, wenn, wie wir verlangen, auch die öffent-



lichen Anstalten dem Gesetz unterstellt werden, dahin ergänzt werden, daß Sachverständige aus den Kreisen der diesem Gesetz unterliegenden Versicherungs-Unternehmungen den Beirath bilden.

Die Präzisierung des Begriffes „Sachverständige“ ist auch in Bezug auf die Bestimmung des § 71 erforderlich, nach welcher bei bestimmten Entscheidungen des Amtes für den einzelnen Fall sachverständige Mitglieder mitzuwirken haben.

Für die Besetzung des Amtes bei Entscheidungen sieht der Entwurf in § 71 vor, daß einschließlich des Vorsitzenden 3 Mitglieder des Amtes und mindestens 2 für den einzelnen Fall sachverständige Mitglieder des Versicherungs-Beiraths die Entscheidung treffen sollen. Die Bestimmung, „mindestens zwei sachverständige Mitglieder des Beiraths“, dürfte in der Praxis wohl zweifellos dazu führen, daß in der Regel nur 2 Mitglieder zugezogen werden. Die ständigen Mitglieder des Amtes würden somit in der Mehrheit sein und zum mindesten könnte der Vorsitzende stets den Ausfall der Entscheidung, je nach der von ihm zugezogenen Anzahl von Versicherungs-Beiräthen in dem von ihm gewollten Sinne beeinflussen. Wenn die Einrichtung des Versicherungs-Beiraths ihren Zweck erfüllen, wenn der Beirath nicht lediglich als Dekoration dienen soll, wenn er zwar mit dem Stimmrecht ausgestattet ist, es der Behörde aber überlassen bleibt, ob sie der Ansicht der Sachverständigen ein Gewicht beilegen will oder nicht, dann ist bei den Entscheidungen, die so wesentlich in die Technik des Versicherungswesens eingreifen können, eine feste Besetzung des Amtes in dem Verhältniß von 3 ständigen Mitgliedern und 4 dem Kreise des in Betracht kommenden Versicherungszweiges angehörigen Versicherungs-Beiräthen erforderlich. Einer derartigen Zusammensetzung würde etwas Ungewöhnliches durchaus nicht anhaften, namentlich nicht im Hinblick auf die Verwaltungsgerichte in Preußen, bei denen die Laienmitglieder die Mehrheit bilden. Der Verband hält daher für erforderlich, daß das Amt bei Entscheidungen der in §. 71 bezeichneten Art in der vorbezeichneten Form gebildet wird.

Der Verband beanstandet ferner, daß nach Abs. 4 die Entscheidungen der Reichsbehörde in den Fällen des Absatzes 1 des § 71 endgiltig sein sollen. Das mag in den anderen Fällen des § 71 hingehen.





Aber eine höhere Instanz ist unbedingt erforderlich, wenn es sich, wie im § 71 Absatz 1 Ziffer 4 um die Unterfagung des Geschäftsbetriebes handelt. Die Berufung ist hier um so mehr geboten, als mit der Unterfagung des Geschäftsbetriebes ein ungemein tiefer und folgenschwerer Eingriff in private Verhältnisse erfolgt.

Der Verband beantragt daher, für den sub 4 des § 71 vorgesehenen Fall der Unterfagung des Geschäftsbetriebes eine oberste Instanz einzusetzen, als welche der Bundesrath, und zwar dessen Ausschuß für Justizwesen in Vorschlag gebracht wird.

Hierbei wird noch der Erwägung Raum zu geben sein, ob auch in der Berufungsinstanz die Zuziehung von Sachverständigen stattzufinden hat. Der Verband spricht sich dafür aus, mit der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Sachverständigen nicht bei der ersten Entscheidung mitgewirkt haben.

Der Entwurf hat sich auch, wenn er im § 71 jegliche Berufungsinstanz versagt, in direkten Widerspruch mit der Bestimmung im § 78 gesetzt, nach welcher den kleineren Anstalten, welche von den Landesbehörden beaufsichtigt werden sollen, die Berufung bis zur höchsten Instanz im Verwaltungsstreitverfahren gesichert wird.

Daß die Aufsichtsbehörde bei allen ihren Entscheidungen dem betreffenden Unternehmen die Gründe anzugeben hat, setzt der Verband zwar als selbstverständlich voraus, wünscht aber doch eine dahingehende Erklärung in den Entwurf bzw. in die Ausführungsbestimmungen aufgenommen zu sehen.

Bei § 71 hält der Verband ferner für erforderlich, daß das Privat-Versicherungsamt nicht, wie es im ersten Satz dieses Paragraphen heißt, auf Grund mündlicher „Berathung“, sondern mündlicher Verhandlung entscheidet. Bei einem Amt, das auf die Entwicklung des gesamten Versicherungswesens einen so bedeutenden Einfluß üben kann, wie dieses, ist zu verlangen, daß jedes Unternehmen bei Entscheidungen über Fragen, die seinen Geschäftsbetrieb betreffen, auch selbst gehört wird, daß ihm Gelegenheit gegeben wird, seine Gründe und Beweise im mündlichen kontrastorischen Verfahren darzulegen.



Eine Berathung innerhalb des Amtes, lediglich auf Grund schriftlicher Aeußerungen eines Unternehmens, würde auch dem ganzen Charakter dieser Behörde, die sich so eingehend mit den einzelnen Unternehmungen beschäftigen soll, zuwider laufen. Das Verlangen des Verbandes nach mündlicher Verhandlung entspricht allein der Tendenz des Gesetzes.

Punkt 2 des Absatz 1 dieses Paragraphen bestimmt, daß das Amt in der angegebenen Befehung zu entscheiden hat, wenn es sich um die Genehmigung einer Aenderung des Geschäftsplanes einer Versicherungsanstalt handelt. Der Verband ist der Ansicht, daß diese Bestimmung nur zu Weitläufigkeiten führt. Die Feuer-Versicherungs-Gesellschaften nehmen Aenderungen der Statuten und der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen — aus diesen beiden Elementen besteht ihr Geschäftsplan — nach gewissenhafter Erwägung vor, so daß der Aufsichtsbehörde in den meisten Fällen kein Anlaß zu Einwendungen geboten wird. Liegen Bedenken nicht vor, dann genügt es, wenn der Vorsitzende des Amtes die Genehmigung ausspricht. Entstehen dagegen Bedenken und glaubt der Vorsitzende seine Genehmigung versagen zu müssen, dann ist es angebracht die Angelegenheit durch das Amt in der von uns angegebenen Befehung zur Entscheidung zu bringen.

Der Verband beantragt deshalb, die Bestimmung sub 2 dahin zu ändern, daß eine Entscheidung des Versicherungsamtes nur dann erforderlich ist, „wenn es sich um Versagung der Genehmigung des Geschäftsplanes handelt.“

Weiter beantragt der Verband, daß in einem Zusatz 2a bestimmt wird, daß auch, wenn es sich um eine Aenderung der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen handelt, das Amt in der angegebenen Befehung zu entscheiden hat. Ferner hält es der Verband für nothwendig, daß in diesen Paragraphen die Bestimmungen des § 93 sub 2 und 3 aufgenommen werden. Dieselben lauten:

„Die Aufsichtsbehörde kann eine bereits zugelassene Versicherungsanstalt auffordern, binnen bestimmter Frist ihren Gesellschaftsvertrag oder ihre Satzung mit den Vorschriften dieses Gesetzes in Einklang zu bringen.“

„Die Inhaber oder Vertreter (verantwortliche



Geschäftsleiter) der Anstalten können zur Erfüllung der im Absatz 1, 2 bezeichneten Verpflichtungen durch Geldstrafen bis zu eintaufend Mark angehalten werden.“

Diese beiden hier vorgesehenen Fälle sind so einschneidend und von solcher Wichtigkeit, daß sie ganz unbedingt der Entscheidung des Amtes in der von uns beantragten Besetzung, nicht aber allein etwa einem Dezernenten oder dem Vorsitzenden unterstellt werden müssen.

Der Schlußabsatz des § 71 lautet:

„In den Fällen des Absatz 1 Nr. 1 bis 3 kann der Vorsitzende einen ablehnenden Vorbescheid ergehen lassen; gegen diesen ist innerhalb zwei Wochen vom Tage der Zustellung an der Antrag auf eine Beschlußfassung des Privat-Versicherungsamtes gemäß Absatz 1 statthaft.“

Der Verband ist der Ansicht, daß es nicht zweckentsprechend ist, auch für den in der Ziffer 1, des Absatz 1 vorgesehenen Fall, das heißt, wenn es sich um Ertheilung der Erlaubniß zum Geschäftsbetrieb handelt, den Vorsitzenden zum Erlaß eines ablehnenden Vorbescheides zu ermächtigen. Durch einen solchen Vorbescheid könnte die definitive Entscheidung des Amtes in der angegebenen Besetzung präjudizirt und dessen freie Entschließung beeinträchtigt werden. Der Verband erachtet daher für erforderlich, daß der Vorsitzende nicht für diesen Fall, sondern nur für die Fälle unter Ziffer 2, 2a und 3: Genehmigung einer Aenderung des Geschäftsplanes, sowie der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen bezw. Genehmigung einer Bestandsveränderung, ermächtigt sein soll, einen ablehnenden Vorbescheid zu ertheilen.

Nach § 72 des Entwurfs kann das Amt jeden ihm erforderlich erscheinenden Beweis erheben, insbesondere Zeugen und Sachverständige, auch eidlich, vernehmen oder vernehmen lassen.

Dieser Paragraph hat als selbstständige, in sich abgeschlossene Vorschrift naturgemäß Anwendung zu finden nicht allein auf den vorhergehenden, sondern auf alle übrigen mit ihm in Bezug stehenden Paragraphen. Zur Vermeidung etwaiger anderer Auffassung empfiehlt der Verband, diesen Charakter des § 72 zum entsprechenden Ausdruck zu bringen.

Der § 75 enthält ein gesetzgeberisches Novum, einen in der



Gesetzgebung bis dahin ganz unbekannten Grundsatz. Er bestimmt, daß zwar die Kosten des Versicherungsamtes und seiner Verwaltung vom Reiche getragen werden, daß aber Beiträge, und zwar für drei Vierteltheile jener Kosten, für seine Aufsichtsthätigkeit von den seiner Aufsicht unterstellten Unternehmungen erhoben werden sollen. Die Unternehmungen sollen also dafür, daß sie vom Reiche beaufsichtigt werden, bezahlen. Die Kosten für Beaufsichtigung des Gewerbebetriebes, für das Reichsversicherungsamt tragen die Einzelstaaten bezw. das Reich, ebenso wie die Einzelstaaten die Kosten für ähnliche Einrichtungen übernehmen. Es liegt kein Anlaß vor hinsichtlich der Versicherungs-Unternehmungen eine Ausnahme zu machen. Nicht für sie, sondern im Interesse der Versicherten und im öffentlichen Interesse ist die Aufsicht des Reiches vorgesehen; die Reichsaufsicht ist nicht eine Veranstaltung aus der die Versicherungsanstalten etwa Vortheil ziehen, sondern sie soll zum Nutzen der Versicherungsnehmer wirken. In den Erläuterungen zu den Einzelbestimmungen des Entwurfes wird freilich eine andere Ansicht ausgesprochen; es heißt daselbst: „Wenn auch die Beaufsichtigung wesentlich im Interesse der Versicherten liegt, so werden doch die hieraus erwachsenden Kosten zum weitaus größten Theile durch solche behördliche Verhandlungen verursacht, die von einzelnen Versicherungsanstalten veranlaßt sind oder direkt oder indirekt der Gesamtheit der Anstalten durch Erhaltung und Erhöhung des ihnen unentbehrlichen Vertrauens zu Gute kommen.“

Wenn schon außergewöhnliche Wege eingeschlagen werden sollen, so möge man für „behördliche Handlungen“, die von einzelnen Versicherungsanstalten veranlaßt sind, einen besonderen Gebührentarif festsetzen. Im Uebrigen muthet es aber eigenthümlich an, wenn die Verfasser des Entwurfes, deren tiefgehendes, dem privaten Versicherungsweisen gegenüber zum Ausdruck gebrachtes Mißtrauen so wesentlich dazu beiträgt, das Vertrauen zu den Versicherungs-Gesellschaften zu untergraben, für die angebliche Förderung des Vertrauens noch Zahlung von den Versicherungs-Gesellschaften verlangen. Wir behaupten, das Vertrauen, das die privaten Versicherungs-Gesellschaften so groß gemacht hat, haben sie sich selbst erworben; auf die zum mindesten höchst eigenthümliche Unterstützung, die in dieser Beziehung jetzt in so wunderbarer Weise für die Aufsichts-



behörden in Anspruch genommen wird, können die Gesellschaften ganz und gar verzichten. Die angeführte Begründung ist wohl auch nur bestimmt den vollständigen Mangel an stichhaltigen Gründen zu verdecken, eine Verlegenheit, die auch weiter bei dem Bestreben hervortritt, die Gesellschaften zu den Kosten heranzuziehen; denn es ist den Verfassern des Gesetzes nicht einmal gelungen, einen richtigen Maßstab für die Berechnung des auf jedes Unternehmen entfallenden Gebührentheiles zu finden. Der angesetzte Maßstab, welcher die Gebühr nach der Brutto-Prämieneinnahme berechnet, ist ein ganz roher, da hierbei z. B. weder die Rückzahlungen der Gegenseitigkeits-Gesellschaften, noch die Rückversicherungsprämien berücksichtigt sind.

Der Verband beantragt, daß die Kosten des Amtes mit den Kosten der Beaufsichtigung vom Reiche getragen werden. Gegen Anrechnung von Gebühren für einzelne, dem Reichsamt nach § 71 des Entwurfs zustehende Entscheidungen würde der Verband, wie schon bemerkt, nichts einzuwenden haben.

§ 78 Abs. 1 bestimmt, daß für das Verfahren der Landesbehörde bei Beaufsichtigung der ihrer Aufsicht unterstellten Versicherungsanstalten das Landesrecht maßgebend ist, „soweit nicht im Folgenden ein Anderes bestimmt ist“. Der folgende Absatz 2 besagt, daß Entscheidungen der aufsichtsführenden Landesbehörden, durch welche einer Anstalt der Geschäftsbetrieb gemäß § 65 untersagt wird, binnen vier Wochen nach der Zustellung im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens, wo ein solches nicht besteht, im Wege des Rekurses nach den Vorschriften der §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung angefochten werden können.

Wenn also einerseits die Landesbehörden für kleinere Anstalten und andererseits die Reichsbehörden für die größeren Anstalten endgültige Entscheidungen abgeben könnten, so würde das voraussichtlich zu sehr von einander abweichenden Entscheidungen führen, so daß hier die Rechtseinheit auf dem Gebiete des Versicherungswesens schwer gefährdet erscheinen würde.

Der Verband hält für geboten, daß zur Wahrung einer einheitlichen Rechtsprechung der Rekurs gegen Entscheidungen der Landesbehörden an das Reichs-Privatversicherungsamt zu richten ist.

Der VI. Abschnitt des Entwurfs, §§ 79 bis 85, regelt die Ver-



hältnisse der ausländischen in Deutschland arbeitenden Versicherungs-Gesellschaften. Wir haben hierbei darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Fassung dieser Paragraphen den ausländischen Gesellschaften, die nicht in Deutschland zugelassen sind, freisteht, auf brieflichem Wege Versicherungen in Deutschland abzuschließen. Von dieser Möglichkeit würde voraussichtlich umfassender Gebrauch gemacht werden, wenn hier nicht bestimmte Vorkehrungen in Form eines Verbotes gegen eine Art des Abschlusses von Versicherungen im Deutschen Reiche befindlicher Risiken getroffen würden, die vollständig gegen den Geist des ganzen Gesetzes verstoßen. Ein solches Verbot würde schon um deswillen gerechtfertigt sein, weil die ausländischen Gesellschaften bezüglich ihrer brieflich abgeschlossenen Versicherungen nicht nur jeder Beaufsichtigung, sondern auch jeder Zahlung von Abgaben und Stempeln entzogen sind. Der Schlußsatz in § 113 verbietet nur den unmittelbaren Abschluß von Feuerversicherungs-Verträgen mit im Auslande befindlichen Anstaltsvertretungen.

Der Verband beantragt, eine Bestimmung in diesen Abschnitt VI aufzunehmen, dahingehend, daß der Abschluß von Versicherungen mit ausländischen, nach diesem Gesetz im Reichsgebiet nicht zugelassenen Gesellschaften verboten ist und Zuwiderhandlungen mit einer entsprechenden Strafe belegt werden.

Ferner fällt bei diesem Abschnitt auf, daß es nach § 83 den binnenländischen Versicherten sehr erschwert ist, vorkommenden Falles Recht gegen die ausländischen Versicherungsgesellschaften zu nehmen. Der Verband giebt anheim, auch diese Lücke des Entwurfs durch eine entsprechende Bestimmung auszufüllen und zwar dahin, daß auch bei den Gerichten desjenigen Ortes, wo die Versicherungs-Urkunde ausgefertigt worden ist, seitens der Versicherten Recht genommen werden kann.

Im Abschnitt VII, § 86 bis 99, werden Uebergangsbestimmungen für die zum Geschäftsbetrieb jetzt befugten Versicherungs-Unternehmungen getroffen. Der Verband muß zu § 97 hervorheben, daß die in diesem Paragraphen von dem Versicherungsgesetz ausgenommenen sächsischen Genossenschaften ebenfalls in das Gesetz eingegriffen werden sollten, sofern sie ihren Geschäftsbetrieb über das Königreich Sachsen ausdehnen. Es ist durchaus unbegründet für



diese Genossenschaften einen Ausnahmezustand zu schaffen, da sie eben solche Versicherungs-Unternehmungen sind, wie alle übrigen auf Gegenseitigkeit beruhenden.

Abschnitt VIII, § 100 bis 108, handelt von den Strafvorschriften, zu denen der Verband nichts bemerken will.

Abschnitt IX, § 109 bis 117, enthält die Schlußvorschriften. Der erste Paragraph dieses Abschnittes bestimmt, daß der Bundesrath die Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze erlassen und insbesondere Art und Form der Rechnungslegung regeln kann. Der Verband hält die Einschaltung einer Bestimmung für unbedingt erforderlich, nach welcher der Bundesrath vor Erlass dieser Anordnungen den Versicherungsbeirath zu hören hat. Selbst wenn der Bundesrath diesen gegebenen Weg aus eigener Initiative einschlagen sollte, so erscheint es doch, nach der ganzen Tendenz des Entwurfes nicht überflüssig, eine ausdrückliche Bestimmung in dieser Hinsicht in das Gesetz aufzunehmen.

§ 111 des Entwurfes schreibt im ersten Satze vor, daß alle dem Gesetze unterliegenden Versicherungs-Unternehmungen dem Versicherungsamte die von diesem erforderten statistischen Nachweise über ihren Geschäftsbetrieb einzureichen haben. Auch diese Bestimmung würde, wie wir beiläufig bemerken, in ihrem Hauptzweck verfehlt sein, wenn nicht, wie im Absatz 2 dieses Paragraphen vorgesehen ist, den öffentlichen Anstalten die gleiche Verpflichtung auferlegt würde. Denn eine Statistik hat, neben dem speziellen Zweck der Beaufsichtigung, im allgemeinen Interesse eben nur dann Werth, wenn sie alle Unternehmungen ein und derselben Branche umfaßt.

In der Hauptsache haben wir bei diesem Paragraphen auf zweierlei Umstände hinzuweisen. Erstens wird gegenwärtig den privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften eine ganz unverhältnißmäßige Arbeitslast dadurch aufgebürdet, daß nicht nur jeder Bundesstaat, sondern jeder Orts- und Gemeindevorsteher von den in seinem Bezirk arbeitenden Gesellschaften Statistiken der verschiedensten Art zu verlangen sich berechtigt hält. Ob und in wie weit mit den auf diese Weise erlangten Angaben über Versicherungssumme, Prämien etc. nicht ein gewisser Mißbrauch getrieben wird, entzieht sich unserer Kenntniß; jedenfalls liegt die Vermuthung hierzu in manchen Fällen nahe.



Der Verband hält für durchaus erforderlich, in diesem Paragraphen ausdrücklich festzusetzen, daß die Versicherungs-Unternehmungen, die dem Gesetze unterstehen, nur der Reichsbehörde die zur Ausübung der Aufsicht erforderlichen statistischen Angaben zu liefern haben, nicht aber den Landes- und sonstigen Behörden.

Der zweite, bei diesem Paragraphen in Betracht kommende Umstand ist, daß der Versicherungsbeirath über die zu erfordernden statistischen Nachweise nur gehört werden soll. Statistiken können zu einer sehr zweischneidigen Waffe werden. Kein Geschäftstreibender ist gezwungen Gewinn oder Verlust aus seinem Betriebe anzugeben, lediglich der Steuerbehörde gegenüber hat er die Pflicht, wahrheitsgemäße Angaben zu machen, diese ihrerseits hat aber die Pflicht, die Angaben streng sekret zu behandeln. Das Gleiche muß auch für die Versicherungs-Unternehmungen gefordert werden. Deshalb ist es unbedingt nöthig, daß der Versicherungsbeirath bei Festsetzung des Umfanges der zu liefernden Nachweise nicht blos „gehört“ wird, sondern daß er ein entscheidendes Votum darüber abzugeben hat, bis zu welcher Grenze die Einforderung statistischen Materials zulässig erscheint.

Nur Sachverständige vermögen zu beurtheilen, inwieweit die Unternehmungen derartigen Anforderungen ohne Benachtheiligung ihrer Geschäftsführung nachzukommen im Stande sind. Die vorerwähnte Forderung muß um so mehr berechtigt erscheinen, da dem sachverständigen Beirath gemäß § 70 Abs. 1 die Mitwirkung bei der Aufsichtsführung des Reichsversicherungsamts zugewiesen ist. Dieser Bestimmung würde es nicht entsprechen, wenn der Beirath in so überaus wichtiger Sache, wie der vorliegenden, nur „gehört“ werden sollte.

Der § 113 bestimmt, daß die landesgesetzlichen Vorschriften über die polizeiliche Ueberwachung des Abschlusses von Feuerversicherungs-Verträgen unberührt bleiben sollen.

Diese Bestimmung ist, wenn in der fraglichen Beziehung alles beim Alten bleiben soll, in diesem Gesetze an sich durchaus überflüssig, da diejenigen Landesgesetze, welche das neue Reichsgesetz nicht berührt, selbstverständlich bestehen bleiben.

Aber die ausdrückliche Aufnahme dieser Bestimmung in das neue



Reichsgesetz sagt uns leider mehr, als es den Anschein hat, nämlich: „die Reichsgesetzgebung will sich mit dieser Gesetzgebung nicht befassen!“

Wie steht es nun mit den Landesgesetzen in unserem lieben deutschen Vaterlande? Zunächst ist ihre Anzahl größer als die Zahl der Bundesstaaten.

Wer das nicht glauben mag, frage in Preußen nach; dort bestehen für die acht alten Provinzen ein besonderes Gesetz vom 8. Mai 1837, dann je besondere Gesetze, bezw. Verordnungen für Hohenzollern und für die Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein und für die Provinz Hessen-Nassau gar fünf verschiedene Gesetze, bezw. Verordnungen, je nachdem die einzelnen Theile der Provinz früher dem Kurfürstenthum Hessen, dem Großherzogthum Hessen-Darmstadt, dem Herzogthum Nassau, der Landgraffschaft Hessen-Homburg und mit einem kleinen Bezirk dem Königreich Bayern angehört haben. Glücklicher Weise hatte die frühere freie Stadt Frankfurt a. M. kein derartiges Gesetz, sonst würde es die Provinz Hessen-Nassau auf sechs verschiedene Gesetzgebungen in dieser Materie bringen.

Es sind bald 33 Jahre seit der Einverleibung dieser Gebiets-theile in Preußen vergangen. Man hält es nicht für möglich, aber es ist thatsächliche Wahrheit, daß diese Buntfleckigkeit der fraglichen Gesetzgebung so lange fortbestanden hat und heute noch besteht. Ein Ausländer, aber auch sehr viele deutsche Staatsbürger, werden das freilich nicht glauben wollen, sondern annehmen, man wolle mit ihnen Scherz treiben.

In den übrigen Bundesstaaten bestehen ebenfalls besondere Gesetze über die polizeiliche Ueberwachung des Abschlusses von Feuer-versicherungs-Verträgen.

Alle diese Gesetze sind in einzelnen Staaten besonders scharf, in anderen weniger eingreifend gehandhabt und, was das Allerschlimmste ist, sie werden oft in demselben Staate hier von den Polizeibehörden mit äußerster Schärfe ausgeführt, dort aber kaum mehr beachtet, als veraltet und unnöthig belästigend angesehen, was sie ja auch für beide Theile, für die Behörden ebenso wie für die Versicherten, in der That sind. Dazu treten in mehreren Staaten für die Versicherten dann noch die Kosten für die Genehmigung des Abschlusses von Versicherungsverträgen.



Nur einige thüringische Staaten (Herzogthümer Sachsen-Altenburg und Sachsen-Roburg-Gotha, Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen), ferner die drei freien Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck und endlich die Reichslande Elfaß-Lothringen entbehren solcher Gesetze vollständig (ebenso wie andere große europäische Staaten, so England, Frankreich), und niemals hat man gehört, daß aus diesem Mangel sich Uebelstände ergeben haben, oder gar, daß in den gedachten Bundesstaaten die Brandstiftungen häufiger vorkommen, als in den anderen. Eine Statistik liegt in dieser Beziehung leider nicht vor; wir stehen aber nach unseren Erfahrungen nicht an, zu behaupten, daß sie für die gedachten Bundesstaaten aller Annahme nach sehr vortheilhaft sich ergeben würde, wie uns denn insbesondere aus den drei freien Städten Hamburg, Bremen, Lübeck (auch Frankfurt a. M., welches sich in gleich guter Lage heute noch befindet) Brandstiftungen äußerst selten bekannt geworden sind. Ebenso ist als unzweifelhaft hinzustellen, daß diejenigen Bundesstaaten, die besonders scharfe Gesetze in der erwähnten Richtung haben, keineswegs in Bezug auf Brandstiftungen und Versicherungsbetrügereien seitens der Versicherten eines besseren Leumunds sich erfreuen, als diejenigen Staaten, in denen die Gesetze weniger scharf sind.

Es folgt hieraus, daß diese ganze polizeiliche Ueberwachung des Abschlusses von Feuerversicherungsverträgen, die sogenannte Präventivkontrolle, eine außerordentlich geringe Bedeutung hat. Alle Feuerversicherungs-Anstalten haben ein so großes Interesse daran, Uebersicherungen zu verhindern, daß ihre Organe, besonders die Agenten, angewiesen sind, solchen Uebersicherungen scharf entgegenzutreten; und sie besorgen das durchweg besser, als die Polizeibehörden es vermögen.

Wir werden die geringe Bedeutung der Präventivkontrolle für das Königreich Preußen, welches wohl die schärfste Gesetzgebung nach dieser Richtung hat und in dem die Anstalten unseres Verbandes eine Versicherungssumme von rund 46,8 Milliarden Mark (1896) laufen haben, nachweisen. Wir thun dies vorab durch den Hinweis darauf, daß die Königlich Preussische Regierung selbst in ihrem dem Landtage im Jahre 1869 vorgelegten Gesetzentwurfe, das Feuerversicherungswesen betreffend, die polizeiliche Ueberwachung des Abschlusses von Feuerversicherungsverträgen auf-



geben wollte, indem sie im § 6 des Entwurfs bestimmte: „Zum Abschluß und zur Verlängerung des Versicherungsvertrags, bezw. zur Aushändigung der Police, sowie zur Auszahlung der Entschädigung, bedarf es fortan der Genehmigung einer Behörde oder der Anzeige an dieselbe nicht.“

Wir lassen nun den Zahlenbeweis, soweit die Verbandsgesellschaften beteiligt sind, folgen:

Seit dem Jahre 1891, jetzt also sieben Jahre bis einschließlich 1897, haben wir einerseits die Zahl der von uns in Preußen jährlich ausgestellten Policen und Prolongationscheine, andererseits die Zahl der polizeilichen Beanstandungen und deren Verlauf festgestellt.

Die Zahl der Policen und Prolongationscheine hat sich in diesen Jahren zwischen 794 490 im Jahre 1891 und 883 151 im Jahre 1897 bewegt.

Auf diese hohe Zahl von Versicherungsanträgen entfielen polizeiliche Beanstandungen:

	a) wegen Verdachts der Uebersicherung	b) aus anderen (formalen) Gründen
im Jahre 1891 . . .	200	107
„ „ 1892 . . .	287	126
„ „ 1893 . . .	352	147
„ „ 1894 . . .	520	242
„ „ 1895 . . .	625	252
„ „ 1896 . . .	583	259
„ „ 1897 . . .	642	212

Die Beanstandungen aus formalen Gründen kommen für den eigentlichen Zweck der polizeilichen Ueberwachung kaum in Frage. Ihre geringe Zahl beweist aber deutlich, mit welcher großer Genauigkeit unsere Beamten und Agenten ihre Geschäfte besorgen.

Wenn aber bei den Beanstandungen wegen Uebersicherung sich als vollständig unbegründet erwiesen haben:

im Jahre 1891 . . .	47
„ „ 1892 . . .	46
„ „ 1893 . . .	53
„ „ 1894 . . .	89
„ „ 1895 . . .	109
„ „ 1896 . . .	83
„ „ 1897 . . .	87



und wenn in den meisten anderen Fällen (bezw. 107, 174, 194, 293, 374, 349 und 408) die Versicherungsnehmer sich ohne Weiteres mit der polizeilich geforderten Herabsetzung der Versicherungssumme einverstanden erklärt haben, weil sie lediglich aus Unkenntniß über den Werth ihres Mobiliars und nicht in böser Absicht eine zu hohe Versicherungssumme angegeben hatten, so bleiben in den sieben Jahren nur bezw. 46, 67, 105, 138, 142, 150 und 147 Fälle übrig, in denen vielleicht, jedoch keineswegs mit einiger Gewißheit, der Verdacht einer beabsichtigten Uebersicherung begründet gewesen sein kann.

Näheres darüber festzustellen, ist nicht möglich, weil in all diesen Fällen auf die Versicherung verzichtet ist und zwar je etwa zur Hälfte seitens der Versicherungsanstalten, zur anderen Hälfte seitens der die Versicherung beantragenden Personen.

Es erhellt hieraus, daß allein bei den in diesem Verbande vertretenen Versicherungsanstalten jetzt jährlich rund

900 000

preussische Staatsbürger einer besonderen polizeilichen Ueberwachung wegen ihrer Feuerversicherung unterworfen werden, ohne daß diese Ueberwachung aber irgend einen auch nur beachtenswerthen Erfolg hat, es sei denn, daß man diesen Erfolg suchen wollte in dem großen Maße der Belästigung der die Versicherung suchenden Staatsbürger und der Versicherungsagenten mit unnöthiger Arbeit oder in der Belästigung der Polizeibehörden gleichfalls mit unnöthiger Arbeit, der nur ein Minimum von Erfolg zur Seite steht. Dieser Erfolg könnte darin gefunden werden, daß nachher solche Personen, deren Versicherungsanträge beanstandet wurden, zu Brandstiftungen geschritten sind.

Auch in dieser Beziehung haben wir das statistische Material für die beregten sieben Jahre gesammelt. Unsere Brandschäden bewegten sich zwischen den Zahlen 26 592 (1891) und 44 000 (1897), davon sind, nachgewiesen oder muthmaßlich, durch Brandstiftung seitens der Versicherten in jenen sieben Jahren entstanden: 233, 236, 281, 263, 310, 265 und 252.

Unter den letzteren befinden sich in den Jahren 1891, 1892, 1894, 1895 und 1897 (1893 und 1896 lagen keine derartigen Fälle vor) zusammen



## zwölf

Brandschäden, welche auf beanstandet gewesene Versicherungen entfallen sind, wohl gemerkt, aber auf solche beanstandete Versicherungen, für welche die Polizeibehörden nachher die Beanstandung zurückgenommen hatten, entweder weil die Beanstandung als unbegründet (s. oben) zurückziehen war oder weil die Versicherungsnehmer (s. oben) die Versicherungssumme nach dem Verlangen der Polizeibehörden ermäßigt hatten.

Es folgt hieraus, daß die Beanstandung von Versicherungsanträgen keineswegs den vom Gesetzgeber erwarteten Erfolg der Verhütung von Brandstiftungen gehabt hat oder haben kann.

Deshalb stellen wir uns auf den Standpunkt der Königlich Preussischen Staatsregierung vom Jahre 1869 und verlangen ein Reichsgesetz zur Ordnung dieser Gesetzesmaterie in der Richtung, daß die sogenannte Präventivkontrolle abgeschafft wird.

Wir verlangen ein Reichsgesetz deshalb, weil der Artikel 4 der Reichsverfassung auch diese Gesetzesmaterie der Gesetzgebung des Reiches überwiesen hat, weil demzufolge mit Recht der Preussische Landtag ein Eingehen auf den fraglichen Preussischen Gesetzentwurf abgelehnt hat und weil deshalb auch in den übrigen Bundesstaaten, soweit sie Gesetze der fraglichen Art überhaupt haben, seit Jahrzehnten diese Gesetze jeglicher Verbesserung, trotz ihrer für unser jetziges wirtschaftliches Leben zum Theil kleinlichen und unsinnigen Bestimmungen, entbehren müssen. Denn die bundesstaatlichen Regierungen scheuen sich, die Hand an diese Gesetze zu legen, weil sie mit Recht fürchten müssen, daß ihre Landtage ihnen dieselbe Erklärung geben, wie es der Preussische Landtag im Jahre 1869 gethan hat, nämlich die Erklärung: „dem Reiche zu geben, was des Reiches ist!“

Nun bedarf es wirklich keiner großen Mühe, in den vorliegenden Gesetzentwurf Bestimmungen für die Feuerversicherung in einem besonderen Abschnitte hineinzuarbeiten, wenn man nur das dringende Bedürfnis der Versicherten selbst und der Feuerversicherungs-Anstalten nach reichsgesetzlicher Regelung dieser Gesetzesmaterie anzuerkennen bereit ist.

Es sollte das eigentlich nicht bezweifelt werden dürfen gegenüber der Erklärung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck, zum Artikel 4 der Reichsverfassung im Reichstage vom 11. März 1867:



„Wir haben es für unsere Aufgabe gehalten, ein Minimum „derjenigen Konzessionen zu finden, welche die Sonder- „existenzen im deutschen Gebiete (also die einzelnen Bundes- „staaten) der Allgemeinheit (also dem Deutschen Reiche und „dem deutschen Volke) machen müssen, wenn diese All- „gemeinheit lebensfähig werden soll.“

Die Gewährung dieses Minimums ist uns in Bezug auf die Feuerversicherung seit dem Jahre 1867 vorenthalten! Es wird in keiner Weise solches Minimum durch den vorliegenden, in der Hauptsache auf die Lebens- und dergleichen Versicherung zugeschnittenen, anscheinend von dem Grundsatz: „divide et impera“ stark beeinflussten Gesetzentwurf der Feuerversicherung gewährt!

Wir wünschen die Aufnahme folgender Bestimmungen in den vorliegenden Gesetzentwurf; *salv. red.*:

#### § a.

Gegen Feuergefahr können bewegliche und unbewegliche Gegenstände versichert werden.

#### § b.

Die Versicherung einer Sache bei mehreren Gesellschaften ist gestattet.

#### § c.

Zum Abschluß von Versicherungen und zur Auszahlung von Entschädigungen bedarf es weder der Genehmigung einer Behörde noch einer Anzeige an dieselbe.

#### § d.

Wer als Agent unter dieser oder einer anderen Bezeichnung Versicherungen für irgend eine Feuerversicherungs-Anstalt vermittelt, ist verpflichtet, ein besonderes Buch darüber zu führen, welches enthalten muß:

- a) den Namen und Wohnort des Versicherten,
- b) den Gegenstand der Versicherung,
- c) die Versicherungssumme,
- d) den Versicherungsort,
- e) Anfang und Ende der Versicherung.

Außerdem ist derselbe verpflichtet, die Anträge für sämtliche durch ihn vermittelte Versicherungen nach der Reihenfolge geordnet,



in Urschrift oder in Abschrift aufzubewahren, sowie der Ortspolizeibehörde die Einsichtnahme des Registers und der Anträge in seinem Geschäftsraum jederzeit zu gestatten, auch alle sonst erforderliche Auskunft über die Höhe der Versicherung zu geben.

Anträge für abgelaufene Versicherungen dürfen frühestens ein Jahr nach dem Ablaufe der Versicherung ausgesondert und vernichtet werden.

Dieselbe Verpflichtung haben die Vorstände der inländischen Feuerversicherungs-Anstalten, sowie die Bevollmächtigten ausländischer Gesellschaften wegen der bei ihnen unmittelbar genommenen Versicherungen.

Die Nichtbefolgung dieser Vorschriften zieht Geldbuße bis zu 150 Mark nach sich.

#### § e.

Im Fall eines Brandschadens ist nur der wirklich erlittene Verlust nach dem wahren Werth der versicherten Sache zur Zeit des Brandes zu ersetzen.

Im Fall mehrfacher Versicherung (§ b) darf die Gesamtsumme der Entschädigungen diesen Verlust nicht übersteigen.

Verabredungen gegen diese Vorschriften sind ohne rechtliche Wirkung.

#### § f.

Die Zwangsversicherung wird von diesem Gesetze nur insofern berührt, als für dieselbe die Bestimmungen des § e ebenfalls gelten. Im Uebrigen findet dasselbe auf die Zwangsversicherung keine Anwendung.

#### § g.

Alle sonst bestehenden Gesetze und Verordnungen, welche eine Beschränkung der Feuerversicherung enthalten und die Beaufsichtigung derselben betreffen, sind aufgehoben.

Eingehender Erläuterung bedürfen diese Bestimmungen eigentlich nicht. Wir bemerken jedoch das Folgende:

Die in den §§ a und b aufgestellten Grundsätze sind vorangestellt, um entgegenstehende Bestimmungen einzelner Landesgesetze oder einzelstaatlicher Konzessionen ausdrücklich zu beseitigen, womit aber selbstverständlich, wie § f ergibt, die Beseitigung von Zwangs-Versicherungsanstalten für Gebäude nicht ausgesprochen sein soll.



Nach dem § 4 ist den Polizeibehörden aus polizeilichen Gründen die volle Möglichkeit gegeben, wegen jeder Versicherung die eingehendste Ermittlung anzustellen, sobald irgendwie ein Verdacht wegen zu hoher Versicherung auftauchen möchte, welcher aber auch, sofern sie ein Mal unbemerkt bleiben sollte, durch die Bestimmungen des § 6 in ihren schädlichen Folgen völlig genügend vorgebeugt ist.

Als selbstverständlich muß von uns angenommen werden, daß die nach § 4 zur Einsichtnahme von Register und Anträgen berechtigten Polizeibehörden nicht gleichzeitig Vertreter der konkurrierenden öffentlichen Feuerversicherungsanstalten sein dürfen, wie das leider zur Zeit im Königreich Preußen zu Gunsten der Sozietäten vielfach der Fall ist.

Wir bemerken zu unserem Vorschlage besonders, daß derselbe auch denjenigen Bundesstaaten (s. oben), welche keinerlei Gesetze über die polizeiliche Ueberwachung des Abschlusses von Feuerversicherungen haben, annehmbar sein kann, da er insbesondere ihren Polizeibehörden keinerlei neue Arbeit auferlegt.

Auch diejenigen Bundesstaaten, welche minder scharfe Gesetze über die sogenannte Präventivkontrolle haben, werden gegen die vorgeschlagenen Bestimmungen von ihrer Stellung aus schwerlich Einwendungen erheben, so daß es eigentlich nur von den größeren Bundesstaaten, insbesondere von dem Königreiche Preußen, welches die schärfsten Bestimmungen hat, abhängig bleibt, ob auf diesem Gebiet endlich dem Reiche gegeben werden soll, was des Reiches ist!

Die verantwortlichen Geschäftsführer von privaten Versicherungsanstalten stehen aber so sehr im praktischen Leben, daß sie weit entfernt davon sind, zu sagen und zu behaupten, der von ihnen vorgeschlagene Weg sei der einzige, welcher als möglich für das von ihnen erstrebte Ziel der gemeinsamen Gesetzgebung über diese Materie hinzustellen sei.

Wir halten ihn für den richtigen und für den besten, aber wir wollen uns in aller Offenheit dahin bescheiden, daß wir, wenn mehrere Bundesstaaten dennoch an der polizeilichen Ueberwachung des Abschlusses von Versicherungsverträgen in gewissem Umfange glauben festhalten zu sollen, auch einen anderen Weg mit unseren und der Versicherten Interessen für vereinbar erklären können, falls nur, wie wir wiederholen, ein gemeinsames Recht in dieser Be-



ziehung auf die eine oder die andere Weise für das ganze Deutsche Reich zu Stande kommt.

Die Behauptung, das sei ein Eingriff oder gar ein unberechtigter Eingriff in die Souverainität der einzelnen Staaten, ist dem Artikel 4 der Reichsverfassung, sowie den durch diese Bestimmung geschützten berechtigten Anforderungen des wirthschaftlichen Lebens gegenüber durchaus ungerechtfertigt; der Einspruch ist aber auch deshalb haltlos, weil die Ausführung des Gesetzes stets in vollem Umfange bei den Behörden der einzelnen Bundesstaaten liegen wird.

Indem wir annehmen, daß die Königliche preussische Staatsregierung auch heute noch auf dem Standpunkt ihres Gesetzentwurfes vom Jahre 1869 steht und bereit sein wird, ihre weitergehende Präventivkontrolle nach dem Gesetze vom 8. Mai 1837 fallen zu lassen, schlagen wir eventuell vor, die Angelegenheit in der Hauptsache nach dem Vorgange der Königlichen bayerischen Verordnung vom 11. September 1872 zu ordnen und danach in den vorliegenden Gesetzentwurf folgende Bestimmungen, *salv. red.*, hineinzuarbeiten:

#### § a.

Versicherungen von beweglichen und unbeweglichen Gegenständen gegen Feuersgefahr sind nur so weit zulässig, als die Versicherungssumme den gemeinen Werth des versicherten Gegenstandes zur Zeit der Versicherungsnahme nicht übersteigt. Bei der Versicherung von Gebäuden darf dieser Werth nicht nach dem Nutzungsertrage, sondern nur nach dem Werthe der Baumaterialien und nach der Höhe der Baukosten, unter Berücksichtigung der durch Abnutzung oder andere Umstände stattgehabten Entwerthung, festgestellt werden.

Bei im Roh- und Ausbau befindlichen Gebäuden kann der Maximalwerth versichert werden, welchen das Gebäude im fertigen Zustand erreichen wird.

Soweit die Versicherungssumme den Versicherungswert übersteigt (Uebersicherung), ist der Versicherungsvertrag nur in Höhe des zulässigen Betrages von der Versicherungsanstalt zu erfüllen.

Die Höhe der Versicherungssumme für Kunstfachen und ähnliche Gegenstände, deren Preis nicht nach dem gemeinen Werth bemessen werden kann, bleibt der Vereinbarung überlassen.



## § b.

Bei Waarenlagern und anderen zum Verkaufe oder zum Ver-  
brauche bestimmten Vorräthen, deren Bestand dem Wechsel unterliegt,  
ist die Versicherung bis auf den muthmaßlich höchsten Betrag,  
welcher im Laufe eines Jahres nach dem Umfange des Geschäfts,  
des Betriebes, des Bedarfes anzunehmen steht, zulässig.

## § c.

Jeder Gegenstand kann bei mehreren Anstalten versichert  
werden. Die Gesammtheit der Versicherungssummen darf jedoch  
über die in den §§ a und b bestimmte Werthgrenze nicht hinausgehen.

## § d.

Von dem Abschlusse eines jeden Versicherungsvertrages ist der  
Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk die versicherten Gegenstände sich  
befinden, durch denjenigen Agenten oder Beamten der Anstalt, welcher  
die betreffende Versicherung vermittelt hat, innerhalb der nächsten  
8 Tage Anzeige zu erstatten.

Die Anzeige über den Abschluß von Versicherungsverträgen  
muß den vollständigen Auszug aus dem Versicherungsregister (§ f)  
enthalten.

## § e.

Die Ortspolizeibehörde hat von wahrgenommenen strafbaren  
Ueber- oder Doppel-Versicherungen der betreffenden Versicherungs-  
anstalt, sowie, wenn Veranlassung zum strafrechtlichen Einschreiten  
vorliegt, der Staatsanwaltschaft Kenntniß zu geben.

Die Ortspolizeibehörde ist befugt, zu jeder Zeit an Ort und  
Stelle eine Prüfung vorzunehmen, ob die Versicherung sich in den  
durch dieses Gesetz gegebenen Grenzen hält, nöthigen Falles unter  
Buziehung von Sachverständigen.

Die etwa entstehenden Kosten trägt die Ortspolizeibehörde.

## § f.

Wer Versicherungen für eine Versicherungsanstalt vermittelt,  
ist verpflichtet, die Versicherungen in ein Register einzutragen, aus  
welchem zu ersehen sein müssen:

1. Nummer der Versicherungsurkunde,
2. Name, Stand und Wohnort des Versicherten,
3. die Gegenstände der Versicherung nach Gattungen,



4. Betrag der Versicherungssumme,
5. Anfang und Ende der Versicherung oder deren Verlängerung,
6. die über denselben Gegenstand bei einer anderen Anstalt etwa bestehende, ihm angezeigte Versicherung und deren Betrag.

Außerdem ist derselbe verpflichtet, die Anträge für sämtliche durch ihn vermittelten Versicherungen, nach der Reihenfolge geordnet, in Urschrift oder in Abschrift aufzubewahren, sowie der Ortspolizeibehörde die Einsichtnahme des Registers und der Anträge in seinem Geschäftsraume jederzeit zu gestatten, auch alle sonst erforderliche Auskunft über die Höhe der Versicherung zu geben.

Anträge für abgelaufene Versicherungen dürfen frühestens ein Jahr nach dem Ablaufe der Versicherung ausgesondert und vernichtet werden.

#### § g.

Im Falle eines Schadens darf der Anspruch des Versicherten in Folge des Schadens wirklich erlittenen Verlust nicht übersteigen.

Ist nach eingetretenem Brande die dem Versicherten gebührende Entschädigungssumme festgestellt und zur Zahlung bereit, so hat die Versicherungsanstalt oder deren Agent der Ortspolizeibehörde davon Anzeige zu machen; die Zahlung darf erst dann erfolgen, wenn die Behörde nicht binnen acht Tagen nach erhaltener Anzeige dagegen Einspruch gethan hat.

#### § h.

Die Nichtbeachtung der Bestimmungen in den §§ a—g wird als Uebertretung angesehen und bestraft.

Durch die §§ a bis c wird jeder Uebersicherung, soweit das überhaupt möglich ist, ausreichend vorgebeugt; sollte aber einmal eine solche vorliegen, so enthält der § g, Absatz 1, in vollem Umfange die Möglichkeit, sie bei einem Schaden — und darauf allein kann es ankommen — unschädlich zu machen.

Daß aus ungenügender Kenntniß des Werthes der versicherten Gegenstände unendlich viel Unterversicherungen vorkommen, dagegen nur selten Uebersicherungen, können wir aus unserer langen Geschäftspraxis mit Bestimmtheit bezeugen.



Die §§ d bis f geben den Polizei-Behörden die ausreichendste Unterlage, um in denjenigen Fällen, in welchen ihrerseits eine zu hohe Versicherung vermuthet werden kann, mit Erfolg einschreiten zu können.

Der § g, Absatz 2, ist dem § 18 des preussischen Gesetzes vom 8. Mai 1837 entnommen.

Daß wir nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn auch hier — nach § 10 der Königl. bayerischen Verordnung vom 11. September 1872 — lediglich vorgeschrieben würde:

„Von der Festsetzung einer jeden Brandentschädigung ist der betreffenden Ortspolizei-Behörde durch den Agenten innerhalb der nächsten acht Tage Anzeige zu erstatten“, ist selbstverständlich.

Wir haben obigen Vorschlag lediglich deshalb gemacht, weil wir vermuthen, daß im Königreiche Preußen die Polizei-Behörden auf die jetzige Bestimmung großen Werth legen; u. G. freilich ohne erhebliche Gründe, da sie doch von jedem Brandfalle ohnehin anderweit alsbald Kenntniß erlangen, ebenso Kenntniß davon, und besonders durch die Agenten und Beamten der Versicherungsanstalten, wenn ein verdächtiger Brandschaden vorliegt. Sie haben also vollauf die Zeit um einzuschreiten, um insbesondere die Auszahlung der ermittelten Entschädigung zu unterlagen, was auch bisher bis zur Beendigung eines gegen einen Versicherten schwebenden Verfahrens überall, auch da, wo gar keine Präventivkontrolle bestand, selbstverständlich statthaft war.

Diejenigen Bundesstaaten (s. oben), welche bisher ohne allen Schaden für ihre Staatsbürger keinerlei Gesetze über die polizeiliche Ueberwachung des Abschlusses von Versicherungsverträgen gehabt haben, werden wenig geneigt sein, auf die nach den eventuell vorgeschlagenen Bestimmungen auch bei ihnen eintretende sogenannte Präventivkontrolle einzugehen.

Es ist aber leicht, in diesen Staaten den jetzigen Zustand unverändert zu belassen, wenn an den Eingang der vorgeschlagenen Bestimmungen Folgendes gesetzt wird.

Soweit in einzelnen Bundesstaaten Vorschriften über die polizeiliche Ueberwachung des Abschlusses von Feuerversicherungen bestehen, treten sie außer Kraft und werden durch die folgenden Vorschriften ersetzt.



Alsdann würden die oben gedachten Bundesstaaten in keiner Weise eine Aenderung ihrer Verhältnisse erfahren, vielmehr nur diejenigen, welche eine sogenannte Präventivkontrolle beibehalten wollen.

Schließlich möchten wir noch darauf aufmerksam machen, daß es für uns und unsere Agenten und ebenso für unsere Versicherten ganz gleichgültig sein könnte, ob ein Reichsgesetz besteht, oder ob Landesgesetze in der hier fraglichen Beziehung bestehen, wenn nämlich bei letzteren eine Voraussetzung zutrifft, d. i. ein **gleicher** Inhalt.

Sollte daher wider Erwarten bei der Mehrzahl der Bundesstaaten eine unüberwindliche Abneigung bestehen, diese Frage durch ein Reichsgesetz zu erledigen, so ist das zwar ein klägliches Zeugniß für den augenscheinlich eingetretenen Rückgang in der Anerkennung des Bedürfnisses nach der Rechtseinheit in den durch Artikel 4 der Reichsverfassung gedachten Beziehungen. Indessen, so lebhaft wir als Patrioten diese über das Ziel gehende Erstarkung des Partikularismus im Interesse des deutschen Vaterlandes zu bedauern hätten, unsere Anliegen brauchen und können doch nicht darunter leiden.

Deshalb müssen wir für solchen Fall die u. G. gegenüber den Zusagen der Reichsverfassung sehr bescheidene Forderung erheben, daß doch diejenigen deutschen Bundesstaaten, welche glauben bei ihren Staatsbürgern nicht ohne die sogenannte Präventivkontrolle auskommen zu können, sich vereinbaren, an Stelle der bisherigen landesgesetzlichen Vorschriften ein in allen Staaten gleichlautendes Gesetz über die polizeiliche Ueberwachung des Abschlusses von Versicherungsverträgen zu erlassen!

Wie aber die Angelegenheit geordnet werden mag, ein gleichlautendes Recht in dieser Gesetzesfrage haben die deutschen Staatsbürger mit vollem Rechte zu beanspruchen, sollen sie nicht gleich uns an dem Werthe verfassungsmäßiger Zusicherungen völlig irre werden.

Schließlich kommen wir auf eine im Gesetzentwurfe selbst nicht berührte, für die Feuer-Versicherung aber besonders bedeutsame Frage.

Die Erläuterungen zu dem Entwurf eines Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen sagen in dem Abschnitte über die Grundzüge des Entwurfs, Absatz 9: „Auf dem Gebiete des Steuerrechts werden sich die Interessenten des privaten Versicherungswesens bescheiden müssen, nicht alle ihre Wünsche durch den Entwurf erfüllt zu sehen.“



Richtiger wäre es gewesen, statt der gesperrten Worte zu setzen: „keinen einzigen ihrer Wünsche“, denn es ist in der That in diesem Entwurf nichts nach dieser Richtung bestimmt worden; die nach § 75 beabsichtigte neue Abgabe für die Versicherungsanstalten entspricht doch sicher keinem Wunsche der Versicherungsanstalten!

Jene Aeußerung der Erläuterungen ist geradezu eine Mißachtung der Anliegen der Versicherungsanstalten, da sich unmittelbar der Satz anschließt: „Der Entwurf vermeidet es grundsätzlich, die Frage der steuerlichen Behandlung der Versicherungsanstalten und des Versicherungsgeschäfts in den Kreis der von ihm zu regelnden Gegenstände herein zu ziehen.“

Selten sind wohl so widerspruchsvolle Worte, wie hier, niedergeschrieben worden; die Worte: „nicht alle ihre Wünsche erfüllt zu sehen“ und die Worte: „vermeidet es grundsätzlich“ sprechen doch jedes für sich das gerade Gegentheil aus.

Nun haben aber die Versicherungsanstalten in Bezug auf ihre steuerliche Behandlung gemeinsame Beschwerden wegen der Heranziehung zu direkten Steuern (Einkommensteuer und Gewerbesteuer) nicht zu äußern gehabt, da auch für sie in dieser Beziehung die Doppelbesteuerung in allen Bundesstaaten nach dem Reichsgesetze vom 13. Mai 1870 beseitigt ist, mag auch hie und da ein Mißgriff einzelstaatlicher Behörden in der Ausführung dieses Gesetzes vorgelegen und zu berechtigten Beschwerden Anlaß gegeben haben.

Dagegen liegt für alle Versicherten gemeinsam eine Beschwerde wegen der Doppelbesteuerung mit Stempeln vor, die noch kürzlich einem Herrn, der von Preußen nach Württemberg versetzt war, in beiden Staaten seine Feuerversicherungs-Urkunde hatte verstempeln lassen müssen, dann nach Elsaß-Lothringen versetzt wurde und wieder für denselben Versicherungsvertrag Stempel zu zahlen hatte, den Ausruf entlockte: „Ist denn Elsaß-Lothringen über Nacht wieder französisch geworden? Besteht das Deutsche Reich nicht mehr?“

Es ist wahrlich nicht gut, daß die gerühmte Einheit des Deutschen Reiches fortwährend über solche Buntstüchigkeit der Gesetzgebung seiner einzelnen Staaten stolpern muß!



Es ist auch nicht immer leicht für uns und für unsere Agenten, dem in solchen Fällen so berechtigten Unwillen gegenüber die erforderliche Aufklärung dahin zu geben, daß solche Zustände lediglich durch die Mangelhaftigkeit der Reichsgesetzgebung verschuldet werden, da ja die einzelnen Versicherten von der Machtfülle der Einzelstaaten in Bezug auf die Versicherungsgesetzgebung nichts wissen und sich deshalb schwer belehren lassen.

Die Doppelbesteuerung mit Stempel bei Versicherungsurkunden ergibt sich aber neben der bisher behandelten Doppelbesteuerung in Folge von Verzügen aus einem Bundesstaate in einen anderen Bundesstaat, ebenfalls für die Feuerversicherung in erheblichem Umfange, aber auch für andere Versicherungszweige, dadurch, daß die meisten Stempelgesetze in den Deutschen Bundesstaaten einmal die Stempelpflicht auf jede im Inlande vollzogene Urkunde legen, also deren Bestempelung da verlangen, wo die Urkunde ausgestellt und vollzogen wird (vergl. § 1 des Preussischen Stempelgesetzes vom 31. Juli 1895), weiter aber den Grundsatz aufstellen, daß auch die im Auslande, also auch in anderen Bundesstaaten, ausgestellten Urkunden, wenn sie über Geschäfte errichtet sind, die im Inlande befindliche Gegenstände betreffen, oder die im Inlande zu erfüllen sind (vergl. § 2 des Preussischen Stempelgesetzes vom 31. Juli 1895) dem Stempel des betreffenden Bundesstaates verfallen.

So unterliegen Feuerversicherungs-Policen, die in Gotha ausgestellt werden und in Erfurt oder sonst in Preußen befindliche Gegenstände betreffen, zunächst dem Gothaischen Stempel und dann auch dem Preussischen Stempel. Umgekehrt ist es natürlich ebenso. So unterliegen Feuerversicherungs-Policen, welche in Hannover ausgestellt werden, zunächst dem Preussischen Stempel, und wenn sie nach Schaumburg-Lippe, nach Oldenburg, nach Bremen oder Hamburg gehen, nochmals dem Stempel dieser Bundesstaaten.

Die einzige Ausnahme von dem oben an zweiter Stelle aufgeführten Grundsatz hat die freie Stadt Hamburg in ihrer Stempelgesetz-Novelle vom 13. Mai 1892 gegeben; sie läßt diejenigen Feuerversicherungs-Verträge, welche sich auf Gegenstände in anderen Deutschen Bundesstaaten beziehen, stempelfrei.

Hier ist also der Grundsatz, den wir in dem vorliegenden



Reichsgesetze allgemein ausgesprochen zu sehen wünschen, bereits anerkannt, und zwar als ein solcher, der dem bundesstaatlichen Verhältniß der einzelnen Deutschen Staaten zu einander entspricht deshalb allgemeine Anerkennung finden sollte und müßte.

Vollends arg wird diese Doppelbesteuerung, wenn der Inhaber einer solchen bereits zweimal gestempelten Feuerversicherungs-Police in einen dritten Bundesstaat, wo möglich in demselben Jahre, verzieht und dort wiederum, also zum drittenmale, zur Stempelsteuer dieses Bundesstaates herangezogen wird.

Insoweit bestehen also für alle Versicherungen gemeinsame Beschwerden.

Aber auch hier hat die von staatlicher und behördlicher Fürsorge vielgeplagte Feuerversicherung besondere Beschwerden, deren endliche Beseitigung dringend erforderlich ist!

Der Entwurf des vorliegenden Gesetzes nimmt das freilich nicht in Aussicht; denn die Erläuterungen fahren an jener Stelle fort: „nach dem Entwurf sollen alle Landesgesetzlichen Belastungen der Anstalten, Agenten und Versicherungsabschlüsse, soweit es sich dabei um den Ausfluß einer öffentlich-rechtlichen Abgabepflicht handelt, unangetastet bleiben“.

U. E. sind aber die im Weiteren zu behandelnden öffentlich-rechtlichen Abgaben in dem Augenblicke, in dem das vorliegende Gesetz in Kraft tritt, nicht mehr solche; denn sie sind Ausfluß des Rechtes der Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in dem Einzelstaate und verlieren vollständig ihren Grund und Boden, sobald die Erlaubniß-Ertheilung nicht mehr in der Landesgesetzgebung wurzelt, sondern nach Reichsrecht ertheilt wird und für die größeren Anstalten durch eine Reichsbehörde.

Sie sind aufgelegt nach dem Grundsatz: „do, ut des!“, so daß die Versicherungsanstalt die Zahlung der Abgaben auf sich nehmen mußte, wenn sie in dem betreffenden Einzelstaate den Geschäftsbetrieb aufnehmen wollte, aber ebenso nach ihrem Belieben dem betreffenden Staate den Rücken kehren konnte!

Es ist doch wahrlich mehr als ungerecht, ein Reichsgesetz zu erlassen, das (§ 75) für die Aufsichtsthätigkeit der Reichsbehörde eine neue Abgabe den Versicherungsanstalten auferlegen will und daneben in den Einzelstaaten Abgaben bestehen zu lassen, die sich lediglich



als Ausfluß der bisherigen Konzeptions- und Beaufsichtigungsrechte der Einzelstaaten darstellen, theilweise ausdrücklich so bezeichnet sind!

Es ist nothwendig, hier auf die verschiedenen Abgaben, welche der Feuerversicherung in den Einzelstaaten aufgebürdet sind, hinzuweisen.

Es erheben sogenannte Feuerlöschbeiträge, welche theils an die Staaten, theils an die Gemeinden gezahlt werden: die Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg, die Großherzogthümer Hessen-Darmstadt, beide Mecklenburg, Sachsen-Weimar, die Herzogthümer Sachsen-Altenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Noburg-Gotha, Anhalt, die Fürstenthümer beide Schwarzburg, beide Reuß, Lippe-Detmold, die Stadt Hamburg (diese in Form eines Zuschlages zur Stempelsteuer).

Beiträge an Unterstützungskassen für Feuerwehrleute erheben: die Großherzogthümer Mecklenburg und das Fürstenthum Lippe-Detmold.

Gebühren für polizeiliche Genehmigungen des Abschlusses von Feuerversicherungen erheben: Königreich Sachsen, Großherzogthum Sachsen-Weimar, Herzogthum Braunschweig, Fürstenthümer Waldeck und Lippe-Detmold.

Zu bemerken ist noch, daß in einzelnen Staaten die öffentlichen Anstalten von den Abgaben frei gelassen sind.

Das Königreich Preußen hat sich von diesen besonderen auf die Feuerversicherung gelegten Abgaben rein erhalten.

Jene Abgaben sind von allen privaten Feuerversicherungs-Anstalten zu entrichten bzw. vorzuschießen. Ihre Wiedereinzahlung von den Versicherten, bzw. ein besonderer Zuschlag zur Prämie, ist in einzelnen Gesetzen verboten und findet deshalb auch nicht statt. Aber es liegt doch auf der Hand, daß die Versicherten sie schließlich tragen müssen, indem in den betreffenden Bundesstaaten die Prämien entsprechend höher gehalten werden, da es für die Versicherungsanstalten unmöglich ist, auch noch diese Last auf sich zu nehmen.

Am klarsten liegt das ja bei den Gegenseitigkeitsanstalten, die nach ihren von den einzelnen Bundesstaaten genehmigten Statuten verpflichtet sind, ihre Mitglieder gleichmäßig zu behandeln, deshalb erstreben müssen, die Prämien in den betreffenden Bundes-



staaten so zu halten, daß in ihnen eine Deckung der betreffenden Abgabe erfolgt. Das erfordert die Gerechtigkeit gegen die anderen Mitglieder in denjenigen Staaten, die sich von solchen besonderen Abgaben rein erhalten haben, besonders also im Königreich Preußen, d. i. nach der Einwohnerzahl in drei Fünfteln des deutschen Geschäftsgebietes.

Für die Aktiengesellschaften, als gewerbliche Versicherungs-Unternehmungen, stellen sich nun fraglos diese Abgaben als solche dar, welche für den Betrieb des Gewerbes entrichtet werden müssen.

Nach § 6 der deutschen Gewerbeordnung soll diese nicht auf die (gewerblichen) Versicherungs-Unternehmer zur Anwendung kommen, weil nach der Begründung zu der Gewerbeordnung das gesammte Versicherungswesen einheitlich durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt werden sollte.

Dieses im Jahre 1869 gegebene Versprechen wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht erfüllt, besonders weil der im § 7 unter 6 der Gewerbeordnung für alle anderen Gewerbe aufgestellte Grundsatz, d. i. die Aufhebung aller Abgaben, die für den Betrieb eines Gewerbes entrichtet werden, sowie die Aufhebung der Berechtigung, solche Abgaben aufzuerlegen, im vorliegenden Gesetzentwurfe nicht nur nicht zur Anerkennung gelangt ist, sondern nach den oben angezogenen Erläuterungen vielmehr diese Landesrechtlichen Belastungen unangetastet bleiben sollen!

Es ist doch in hohem Grade unbillig, daß für ein einzelnes Gewerbe das Unrecht, welches für alle anderen Gewerbe als Unrecht reichsgesetzlich anerkannt und deshalb beseitigt ist, Landesgesetzlich unangetastet bestehen bleiben soll, trotzdem der Artikel 4 der Reichsverfassung auch die endliche Beseitigung dieses Jahrzehnte lang getragenen Unrechts — als zu dem Minimum der Forderungen deutscher Rechtseinheit auf wirthschaftlichem Gebiete gehörig — ermöglicht!

Die etwa in den Einzelstaaten bestehende Meinung, sie geben damit ein Souveränitätsrecht auf, ist gegenüber der Reichsverfassung unberechtigt, aber auch deshalb haltlos, weil doch die Möglichkeit einer in dem vorliegenden Gesetze niederzulegenden Vereinbarung über die Beseitigung dieser Abgaben, über deren



Ersatz durch Landesstempel und über die Beseitigung der Doppelbesteuerung bezüglich der Stempelbesteuerung von Versicherungsverträgen besteht.

Auf einen Reichsstempel für Versicherungsverträge, dessen Ertrag den Bundesstaaten zu überweisen wäre, gehen wir deshalb nicht hinaus, weil, wenn die Einnahme aus diesem Reichsstempel in jedem Staate, auch in denjenigen Staaten, in welchen die Feuerversicherung ungebührlich einerseits mit Abgaben verschiedener Art, andererseits auch mit Stempeln belastet ist, die gesammte bisherige Einnahme an Abgaben, Gebühren und Stempeln decken sollte, der Reichsstempel ungebührlich hoch gegriffen werden müßte. In diesem Falle aber würden diejenigen Staaten, welche die Feuerversicherung geringer belastet haben, besonders Preußen, erheblich mehr erhalten, als sie bis dahin wenigstens aus dem Stempel für Feuerversicherungsverträge haben erhalten wollen.

Danach verlangen wir zur Herstellung der Rechtseinheit im Deutschen Reiche auch auf diesem Gebiete die Aufnahme der folgenden Bestimmungen in den vorliegenden Gesetzentwurf:

1. Vom 1. Januar 19 . . ab sind alle Abgaben und Gebühren, welche für den Betrieb von Versicherungs-Unternehmungen entrichtet werden, sowie die Berechtigung, solche Abgaben oder Gebühren aufzuerlegen, aufgehoben.

Unberührt bleiben die von gewerblichen Versicherungs-Unternehmungen zu entrichtenden direkten Staatssteuern, ebenso die auf Versicherungsverträge gelegten Stempelsteuern.

2. Zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung desselben Versicherungsvertrags durch Stempel wird bestimmt:

- a) die Verträge über Lebens-, Renten-, Unfall-, Haftpflicht- und dergleichen Personen-Versicherungen unterliegen nur der Stempelsteuer desjenigen Bundesstaates, in dessen Bereich die Versicherten zur Zeit des Vertragsabschlusses ihren Wohnsitz haben.

- b) die Verträge über Feuer-, Hagel-, Vieh- und dergleichen Sach-Versicherungen unterliegen nur der Stempelsteuer desjenigen Bundesstaates, in dessen Bereich die versicherten Gegenstände sich zur Zeit des Vertragsabschlusses befinden.



3. Die Verträge von privaten Versicherungs-Unternehmungen dürfen in einem Bundesstaate nur dann mit Stempelsteuer belegt werden, wenn auch die Verträge der gleichartigen öffentlichen Versicherungsanstalten demselben Stempel unterworfen sind.
4. Soweit die Bundesstaaten auf die Feuerversicherungs-Verträge eine Stempelsteuer legen, ist sie vom 1. Januar 19 . . ab nach der Versicherungssumme zu bemessen.

Die Feuerversicherungs-Anstalten können den Versicherten bei Aushändigung der Versicherungs-Urkunden den auf diese fallenden Stempelbetrag berechnen.

Zu der Bestimmung unter 1 bemerken wir, daß sie, wie oben ausgeführt ist, sich lediglich als Konsequenz des im § 7 unter 6 der deutschen Gewerbeordnung niedergelegten reichsrechtlichen Grundsatzes darstellt.

Zur Bestimmung unter 2 bemerken wir, daß für die Versicherung von Personen u. G. allein deren Wohnsitz und für die Versicherung von Sachen allein deren Belegenheit für die Stempelpflicht entscheidend sein darf.

Werden die vorgeschlagenen Bestimmungen im Gesetz erlassen, so würde beispielsweise eine Feuerversicherungs-Police, deren Inhaber von Preußen nach Sachsen verzieht, oder umgekehrt, in demjenigen Staate, nach welchem verzogen wird, nicht sofort der Stempelsteuer des letzteren Staates unterliegen, sondern erst zu dem Zeitpunkte, in welchem dieser Versicherungsvertrag abgelaufen ist und zur Erneuerung (durch Prolongationschein) bei der bisherigen oder einer anderen Anstalt kommt.

Nur auf diesem Wege ist die jetzt so sehr viel vorkommende Doppelbesteuerung von Versicherungsverträgen zu beseitigen. Ein Verlust an Stempelsteuer für die Einzelstaaten kann kaum eintreten, da mehr oder weniger die Umzüge aus einem Staat in den anderen Staat sich ausgleichen, jedenfalls kann der Verlust nur sehr gering sein und gegenüber der durchaus nothwendigen Beseitigung der Doppelbesteuerung nicht in Betracht gezogen werden.

Zu der Bestimmung unter 3 bemerken wir, daß die Gerechtigkeit für alle Versicherungsverträge den gleichen Stempel erfordert. Es liegt kein innerer Grund vor, die öffentlichen



Versicherungsanstalten, wie es jetzt in einzelnen Staaten geschieht oder hergebracht ist, von dem Stempel zu befreien; durch solche Befreiung würde ihnen ein nacktes Privilegium der schlimmsten Art ertheilt werden, wozu insbesondere da, wo diese öffentlichen Anstalten (nämlich diejenigen ohne Zwangsversicherung) im freien Wettbewerbe mit den privaten Versicherungsanstalten stehen, eine wirklich zu begründende Veranlassung nicht vorliegt.

Es kommt aber hinzu, daß in mehreren Staaten die öffentlichen Anstalten jetzt denselben sogenannten Feuerlöschabgaben unterliegen, wie die privaten Anstalten; würde für jene aber nicht die gleiche Stempelpflicht, wie für diese, hier ausgesprochen, so würden die betreffenden Staaten bezw. deren Gemeinden von den öffentlichen Anstalten die bisherigen Abgaben verlieren, aber nicht wohl, falls die öffentlichen Anstalten bisher nach Landesrecht Stempelfreiheit für ihre Versicherungsverträge genossen, ihnen künftig die Stempelpflicht auferlegen können, es sei denn, daß das Reichsrecht, wie vorgeschlagen, dazu die zwingende Veranlassung giebt.

Umgekehrt giebt es Staaten, die von der öffentlichen Versicherungsanstalt keine der in Rede stehenden Abgaben erheben; damit in dieser Beziehung gleiches Recht im deutschen Lande entstehe, ist es nothwendig, im Reichsgesetze zu bestimmen, daß die künftige Stempelsteuer, welche ja bestimmt ist die aufgehobenen Abgaben zu ersetzen, alle Versicherungsverträge gleichmäßig treffen soll.

Zu der Bestimmung unter 4 bemerken wir zunächst, daß sie als Singularbestimmung für die Feuerversicherung deshalb nothwendig ist, weil nur bei dieser die in Frage stehenden und aufzuhebenden Abgaben vorkommen.

Sodann bemerken wir, daß nach ihr kein Bundesstaat gezwungen werden soll, Stempelsteuer auf die Feuerversicherungsverträge zu legen; jeder Bundesstaat behält dafür ganz freie Hand.

Die Großherzogthümer Baden, Hessen-Darmstadt, beide Mecklenburg, Sachsen-Weimar, die Herzogthümer Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg, die Fürstenthümer beide Schwarzburg, beide Reuß, Waldeck und Lippe-Deimold haben bis dahin keine Stempelsteuern für Feuerversicherungsverträge; sie können also dabei bleiben, wenn sie die von all diesen Staaten bisher bezogenen, jetzt aufzuhebenden Abgaben anderweit decken können.



Jedenfalls sind sie in der Lage, den neu einzuführenden Stempel verhältnißmäßig niedrig greifen zu können, ein Vorgehen, welches sich ja auch nach der Richtung empfiehlt, daß eine hohe Stempelsteuer, ebenso, wie bisher die besonderen Abgaben, in gewissem Umfange namentlich die kleinen Leute von der Feuerversicherung zurückhalten.

Die Vorschrift, daß die Stempelsteuer für Feuerversicherungsverträge nach der Versicherungssumme zu bemessen ist, gründet sich auf die Thatfache, daß fast alle deutschen Staaten, welche eine Stempelsteuer auf Feuerversicherungsverträge jetzt haben, nämlich die Königreiche Preußen, Bayern (als Gebühr im Gesetze bezeichnet), Sachsen, Württemberg (als Sporteln im Gesetze bezeichnet), das Herzogthum Anhalt, die freien Städte Hamburg, Bremen, Lübeck und die Reichslande Elsaß-Lothringen, die Stempelsteuer nach der Versicherungssumme berechnen lassen, freilich in Einzelheiten etwas verschiedenartig, worauf es hier aber bei Feststellung des allgemeinen Grundsatzes nicht ankommen kann.

Allein das Großherzogthum Oldenburg, das Herzogthum Sachsen-Gotha und das Fürstenthum Schaumburg-Lippe berechnen die Stempelsteuer für Feuerversicherungsverträge nach der gezahlten Prämie; sie werden, wenn die von uns begehrte Vereinbarung unter den Bundesstaaten zu Stande kommt, gewiß keine Schwierigkeiten haben und machen, den anderen Maßstab anzunehmen, zumal dieser mehr und mehr, theoretisch und praktisch als der richtigere für die Feuerversicherung anerkannt wird.

Daß die Feuerversicherungs-Anstalten den vorauslagten Stempel von den Versicherten wieder einziehen können, ist selbstverständlich, kann auch in den Versicherungsurkunden bedungen werden, es ist aber wohl zweckmäßig diesen Grundsatz in diesem Reichsgesetze niederzulegen, mag er auch eigentlich in das über den Versicherungsvertrag in Aussicht stehende Reichsgesetz gehören.

Damit sind wir an das Ende unserer Ausführungen gelangt, die wir hiermit der wohlwollenden Beurtheilung aller derjenigen Kreise unterbreiten, die berufen sind an der Gesetzgebung im Deutschen Reiche mitzuarbeiten. Wir hoffen, daß es uns gelungen ist die Erkenntniß zu fördern, daß der vorliegende Entwurf eines Gesetzes



über die privaten Versicherungs-Unternehmungen weder den Bestimmungen des Artikels 4 der Reichsverfassung, noch den berechtigten Erwartungen entspricht, die von allen beteiligten Kreisen an die gesetzliche Regelung des Versicherungswesens geknüpft wurden.

Freilich ist uns bekannt, daß die Anstände, die von den Vertretern der Personenversicherung gegen das Gesetz erhoben werden, weit hinter den ernststen Bedenken zurückstehen, denen wir im Verlaufe unserer Darlegungen haben Ausdruck geben müssen. Dieser Unterschied der Beurtheilung entspricht vollkommen der großen Verschiedenheit der Versicherungsart, die von jenen und von uns vertreten wird.

Der Umstand, daß der Gesetzgeber diese große Verschiedenheit vollkommen unberücksichtigt ließ, hat ihn dahin geführt, dem Gesetzentwurf eine Form und einen Inhalt zu geben, den wir als durchaus ungeeignet für uns scharf zurückweisen mußten.

Leider müssen wir befürchten, daß die Versicherungs-Gesetzgebung im Reiche wie in den Einzelstaaten und ganz besonders in dem größten derselben, in dem Bundesstaat Preußen, so lange unrichtige Wege verfolgen, also verfehlt sein wird, als sie beeinflusst wird von dem Geist eines fast feindseligen Mißtrauens gegen die Privat-Unternehmungen auf dem Gebiete der Feuerversicherung. Bei der eigenthümlichen Entwicklung dieser Versicherungsart in Preußen müssen wir leider erkennen, daß die politische und wirthschaftliche Parteilung in unserem öffentlichen Leben einen nicht unerheblichen Einfluß auch auf die Versicherungs-Gesetzgebung gewonnen hat.

Auch auf anderen Gebieten hat die private Feuerversicherung unter diesem Einfluß zu leiden, der eine objektive Beurtheilung ihrer Stellung und ihrer Leistungen behindert und dazu führt, daß ihr diejenige Würdigung versagt wird, die den anderen großen, unser Wirthschaftsleben und den Volkswohlstand fördernden Gewerben von den maßgebenden Stellen so reich und so fürsorglich zu Theil wird.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere Darlegungen dazu beitragen werden, in diesen so beklagenswerthen Beziehungen allmählich Wandel herbeizuführen.

Wir handeln dabei wesentlich auch im Interesse unserer Versicherten und sind überzeugt, daß sie alle bei unbefangener Beurtheilung unseres Vorgehens unsere Bestrebungen vollständig billigen werden.



Welche Interessen hierbei aber in Frage stehen, beweist die im Jahre 1897 für Versicherungen im Deutschen Reiche in Kraft gewesene Versicherungssumme, die allein bei 41 im Deutschen Reiche arbeitenden privaten Gesellschaften, von denen die Angaben uns vorliegen,

**70 485 Millionen Mark**

betrug. Bei der Bearbeitung dieses gewaltigen Geschäftes waren, abgesehen von 8031 direkten Beamten,

**129 513**

Agenten thätig.

Berlin, im Februar 1899.

## **Der Ausschuß**

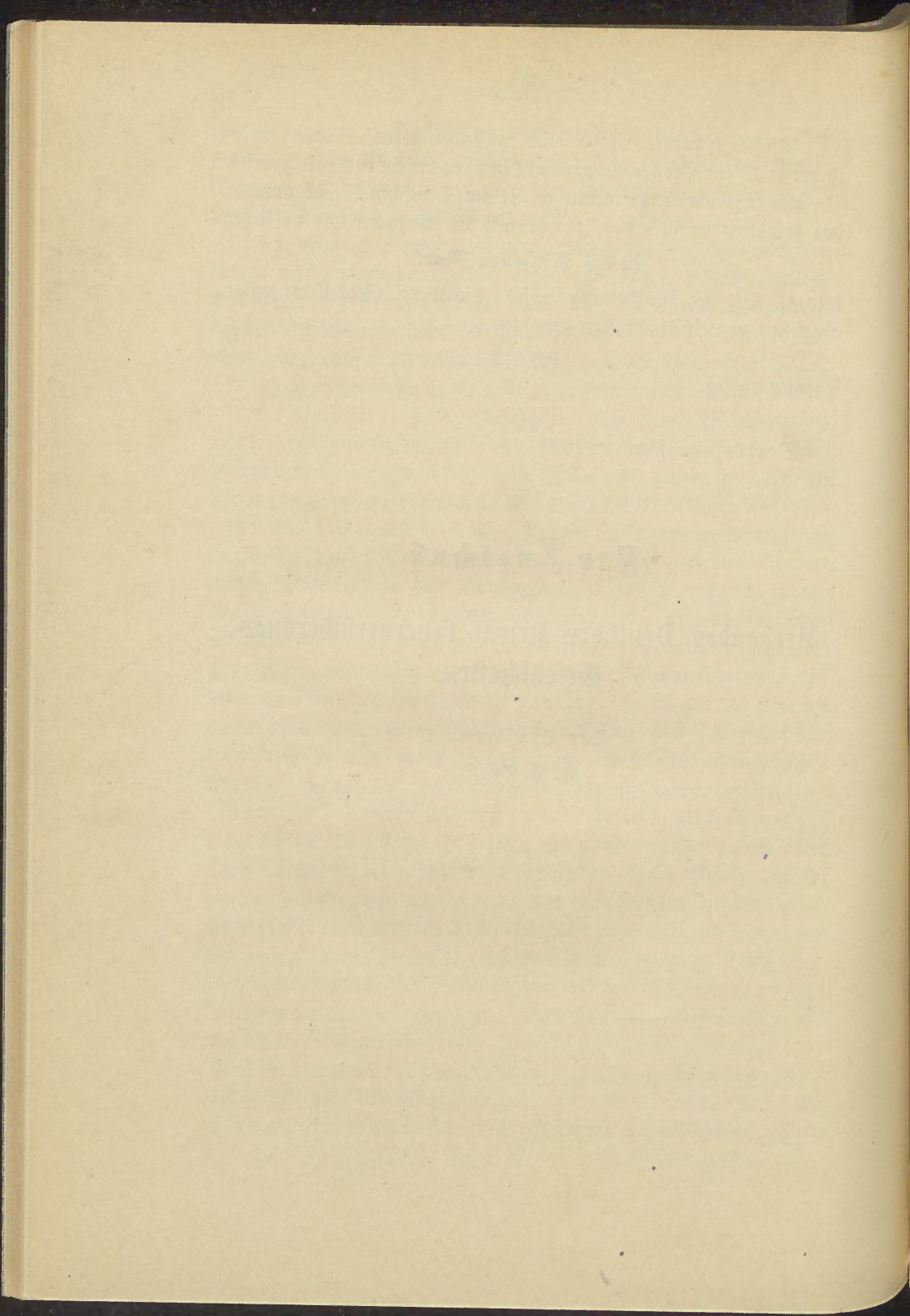
des

**Verbandes Deutscher Privat-Feuerversicherungs-  
Gesellschaften.**

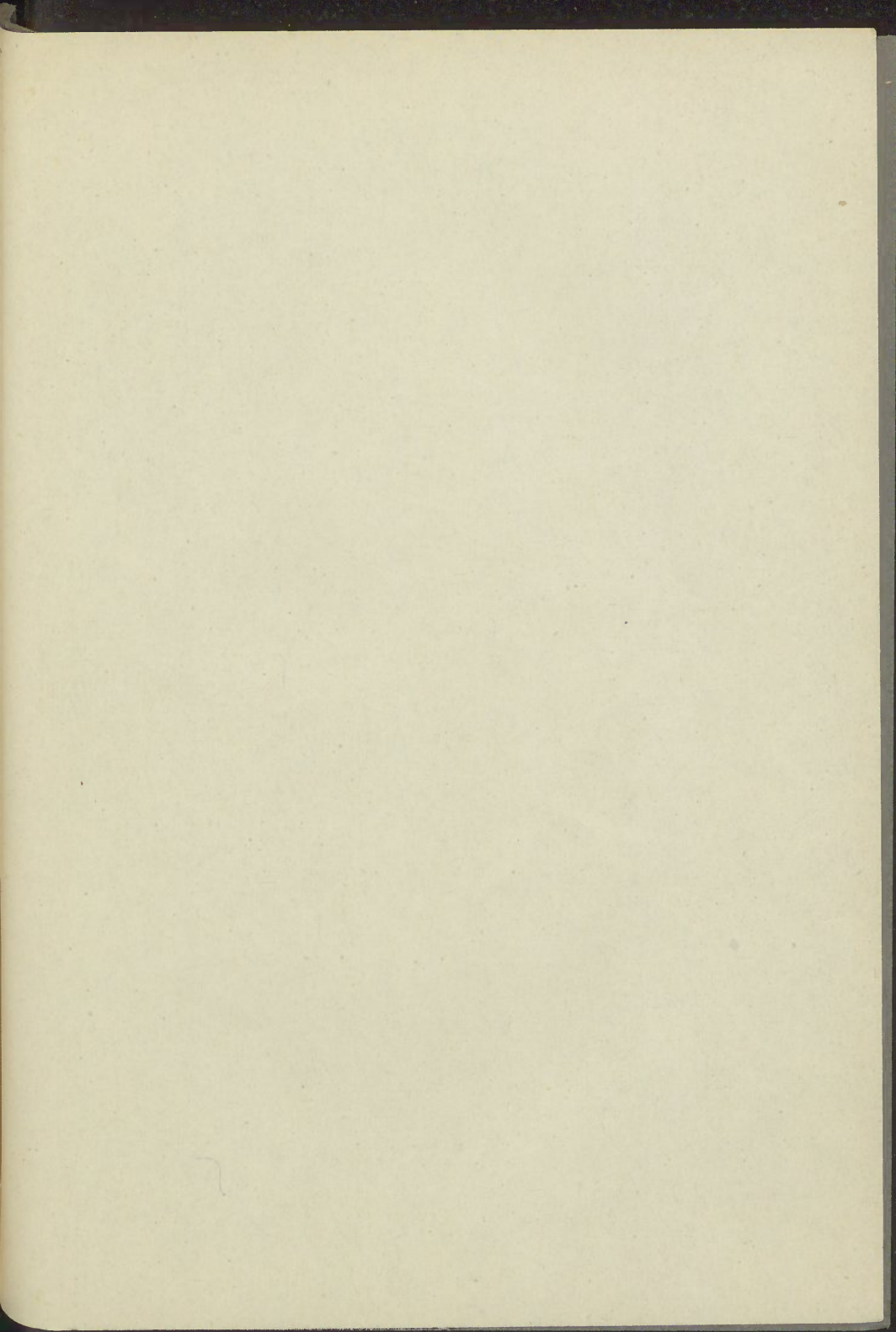
Der Vorsitzende:

**S. M. Buck.**

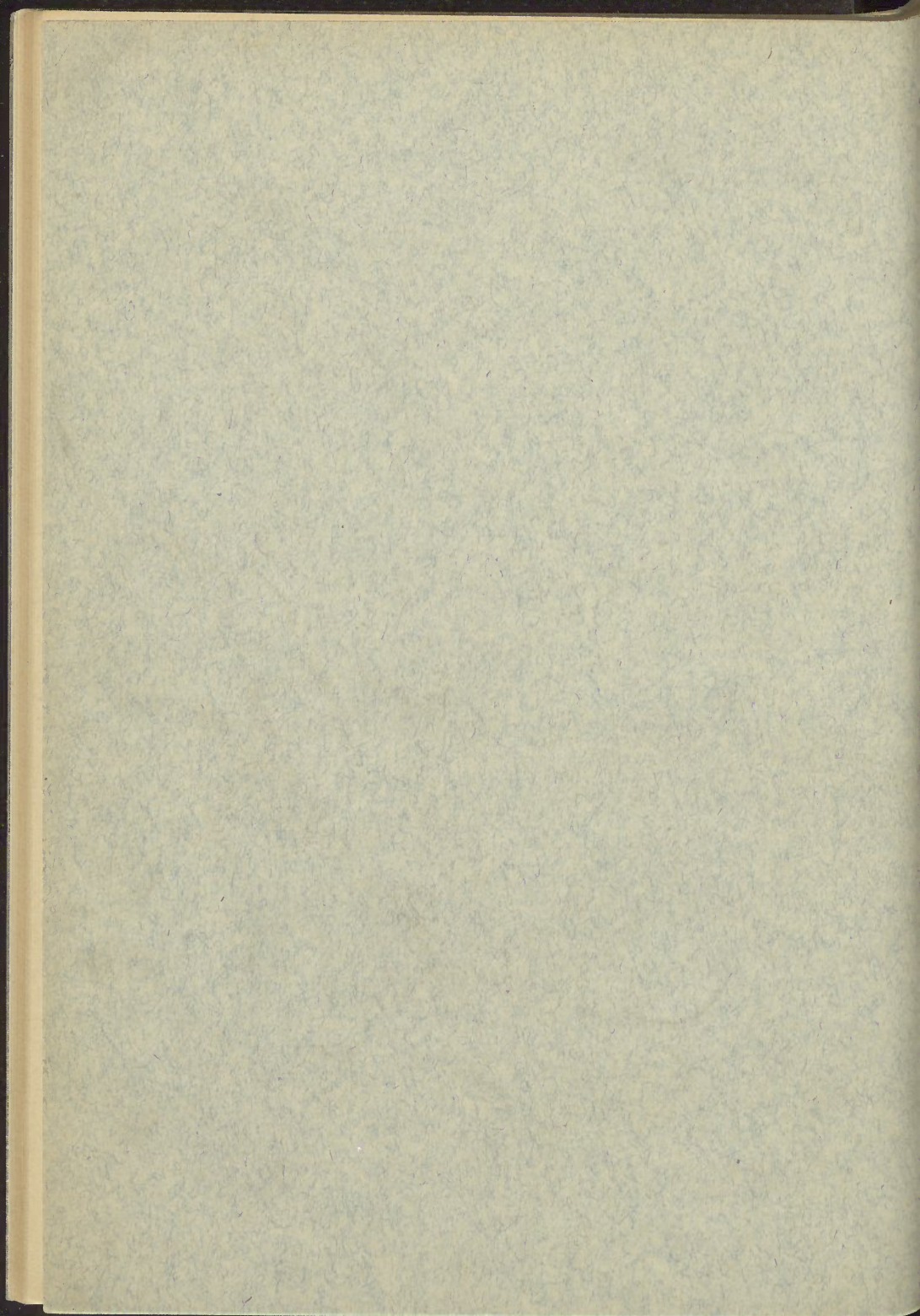




















206\$07963386